Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

150 (1.6.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in unsr. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 25.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 28.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 28.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 28.— monatlich. Einzelverkauf 1.— Mk.
Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.
Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ebrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 150. — Donnerstag, den 1. Juni 1922 — Erstes Blatt.

Schutzbundtagung im deutschen Osten.

(Von unserem Korrespondenten.)

G. **Königsberg**, 26. Mai 1922.

Die Grenzmarken- und Heimatvereine sind teilweise noch recht jung. Dennoch haben sie bei den verschiedenen Abstimmungen im Osten, Westen, Süden und auch im Norden unseres Vaterlandes eine segensreiche Tätigkeit entfaltet, die ihnen das deutsche Volk nicht warm genug danken kann. Der gute, ja teilweise glänzende Erfolg ist vor allem der ausgezeichneten Organisation zuzuschreiben, die die zahlreichen Verbände durch den Zusammenschluß in dem Deutschen Schutzbund fanden. Auf landsmannschaftlicher Grundlage, unter Hintanstellung aller trennenden Gegensätze schlossen sich allenthalben bei Zusammenbruch des Deutschen Reiches mutige Grenzlanddeutsche fest zusammen und schritten zur kulturellen und wirtschaftlichen Selbsthilfe, vielfach unterstützt durch landsmannschaftliche Körperschaften, die sich im Reichsinnern bildeten. Für die Reichsdeutschen war diese Schutzbewegung etwas Neues und in der Fülle der sich überstürzenden politischen Ereignisse blieb sie hier von der Allgemeinheit zunächst auch fast unbemerkt. Bald aber ging von der Kräftesammlung des Deutschtums an den Grenzen ein lebendiger Strom aus; er löste im Innern des Reiches bei den Vorkämpfen für ein einiges deutsches Volk neue Kräfte in dem Augenblick aus, als — im Mai 1919 — die Versailler Friedensbedingungen bekannt wurden. Damals entstand der Deutsche Schutzbund, ein Verband, der heute, nach dreijährigem Bestehen, bereits hundert Körperschaften umschließt. Sein Ziel ist: Einigung, Sammlung und Stärkung der Kräfte, die sich zur Behauptung und Erneuerung des bedrohten Grenz-, Kolonial- und Auslandsdeutschtum regen. Die schwer bedrohten Grenzlanddeutschen hatten es in der Stunde der höchsten Gefahr gelernt, die parteipolitischen, religiösen und Klassengegensätze zu überwinden. Das Gleiche wurde von der Allgemeinheit des deutschen Volkes gefordert und verstanden. Auf diesen Grundlagen faßt die erfolgreiche Arbeit des Deutschen Schutzbundes, die ihren sichtbarsten Ausdruck bei den deutschen Volksabstimmungen fand, und er hat damit seine Daseinsberechtigung als Spitzenorganisation für alle heimatländischen Bewegungen zur Genüge bewiesen. Ein solcher Bund kann aber nicht immer auf ein Wirken im Stillen gestellt sein, er muß hinaus an die Oeffentlichkeit, er muß seinen Freunden und Mitarbeitern von Zeit zu Zeit Gelegenheit schaffen, auf großem Forum zusammenzutreffen, muß von seiner Theorie und Praxis weithin Kunde geben. Für den Schutzbund bedeutet seine Jahrestagung mehr als ein bloßer Geschäftsbericht im engen Kreise; sie soll zugleich eine große Werbewoche für den völkischen Schutzbundgedanken sein und das sichtbare Band gleicher Gesinnungen weithin entfalten. Liegt es nicht nahe, derartige Tagungen an solchen Stellen abzuhalten, wo der im Deutschen Schutzbund sich offenbarende Geist den stärksten Widerhall in der Bevölkerung finden muß, also in den Grenzmarken, wo die Heimatbünde unmittelbar aus dem Charakter des Landes und seiner Menschen herauswachsen? Die erste Bundestagung vor zwei Jahren fand freilich in der Reichshauptstadt statt, und zwar mit Recht; denn damals kam es ja darauf an, den inneren und äußeren Zusammenschluß des jungen Bundes fest zu begründen und im engeren Kreise der Mitarbeiter das Programm genau zu formen. Nachdem das gelungen war, konnte man daran denken, auf die Wanderschaft zu gehen, und man wählte für die zweite Bundestagung die deutsche Südmark, das schöne Kärntnerland, an dessen Befreiung vom slowenischen Joch der Bund tätigen Anteil genommen hat. Die Tagung in Klagenfurth brachte Hunderte von Männern und Frauen aus allen deutschen Landen in jenem echt deutschen Alpengau zusammen, der von den Nöten der Zeit gar manches Lied zu singen wußte, aber sich soviel Mut zu froher deutscher Selbstbehauptung bewahrt hat, daß alle Teilnehmer eine wirkliche deutsche Herzensstärkung mit nach Hause nahmen.

Auch in diesem Jahre will sich der Deutsche Schutzbund zu Pfingsten wieder in eine Grenzmark begeben, und er hat jetzt unseren deutschen Osten dazu ausersehen. Der deutsche Osten hat nicht weniger gelitten als der deutsche Süden. Auch aus diesem Körper riß der Feind wichtige Teile heraus. Ja, man darf wohl behaupten, daß die Verstümmelungen, die der Versailler Vertrag an dem östlichen Preußen vornahm, die Gewaltätigkeit der Gegner in den anderen deutschen Grenzmarken noch übertreffen. Da sind die Deutschen im Memelland, die noch immer unter der Ungewißheit ihres politischen Schicksals zu leiden haben. Die Entscheidungen, die zu erwarten stehen, werden sie aber keinesfalls dem Reiche wieder näher bringen. Ostpreußen, durch den sogenannten polnischen Korridor vom Reiche getrennt, ist politisch bedroht und schwersten wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Nachteilen ausgesetzt. Es leidet unter der künstlich getroffenen Inselllage und fühlt sich vergessen. Polen versucht, trotz seiner Niederlage im Juli 1920, diese Schwierigkeiten auszunutzen. Eine gewissen- und bedenkenlose, mit großen Mitteln arbeitende polnische Propaganda ist bemüht, die Masuren geistig und wirtschaftlich zu sich herüberzuziehen. Freilich erfolglos. Denn welchen Nöten die Deutschen, die an Polen abgetreten werden mußten, ausgesetzt sind, ist bekannt. Den bedrohten deutschen Brüdern im Osten einen überzeugenden Beweis von der herzlichen Anteilnahme aller deutschen Stämme zu geben, war der Gedanke, der den Schutzbund bei der vorjährigen Klagenfurther Tagung veranlaßte, seine diesjährige Zusammenkunft nach dem deutschen Osten einzuberufen. Der Schutzbund konnte sich für diese Tagung kein geeigneteres Ziel wählen als unser Ost- und Westpreußen. Denn wahrlich, der deutsche Osten hat es bitter nötig, durch dauernden deutschen Lebenszustrom aus dem Reich ideell und materiell bei Kräften gehalten zu werden. Der Bund darf hier auch auf eine besonders freundliche Begrüßung durch die Bevölkerung rechnen, denn seine Verdienste bei Durchführung der ost- und westpreußischen Volksabstimmungen sind noch in aller Gedächtnis. Damals hatte er unter anderen die schwierige Aufgabe übernommen, den Kreuzzug der Abstimmungsberechtigten in ihre Geburtsstätten zu leiten, ein Werk, das durch die Barriere des polnischen Korridors äußerst erschwert wurde, sich aber doch noch über Erwarten gut lösen ließ. Zu vielen Zehntausenden trug der Schutzbund die Heimattreuen über die Ostsee nach Königsberg und dann weiter nach Masuren, Ermland und ins Weichselland. Jetzt kommt nun der Schutzbund wieder, um dem deutschen Osten aufs Neue zu beweisen, daß er sich als Mittler zwischen den einzelnen deutschen Gauen fühlt. Er wird zunächst seine Tagung in Ostpreußens Hauptstadt beginnen und dann von Königsberg aus sich in den Mittelpunkt der damaligen Abstimmungsbewegung, nach Allenstein, begeben. Gar mancher von den Teilnehmern wird zum ersten Male ostpreußischen Boden betreten und so möchten wir sagen, sicherlich den Eindruck gewinnen, daß dieses Volk, deutsch wie es immer war, auch weiterhin allen Stürmen trotzen will. Und sie werden weiter erkennen, daß dieser so oft vernachlässigte und herabgesetzte Osten es wert ist, mit besonderer Liebe gehegt zu werden. Die Fahrt durch die Ostmarken würde unvollständig sein, wenn sie nicht auch die Marienburg zum Ziel nähme. Dort, wo sich geschichtliche Erinnerung mit dem heißen nationalen Gegenwartskampf verbindet, wird der Schutzbund für seine Tagung eine besonders weihevolle Stätte finden. Wieder reckt Polen raublustig die Hand nach deutschem Weichselland. Da soll eindrucksvoll gezeigt werden, daß Deutschland nicht gewillt ist, auch nur einen Fußbreit von ostdeutschem Boden preiszugeben.

Stürmischer Tag.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Abermals ist gestern in der Reparationsfrage innenpolitisch eine überraschende Wendung eingetreten. Am Dienstag abend war, wie im Mittwochblatte ausgeführt wurde, die Situation so, daß das von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung nur Anklang bei den Kommunisten gefunden hatte, während bei der Deutschen Volkspartei die Meinung bestand, daß man sich der Stimmen enthalten, die Kritik der Parteien an den Pariser Reparationsverhandlungen aber in einer sachlichen Erklärung zum Ausdruck bringen müsse. Da veränderte die deutsche Reparationsnote, die die deutschen Zugeständnisse in wirtschaftlicher Hinsicht enthält, die Lage vollständig. Die Parteien erhielten erst durch die Zeitungen am Mittwoch morgen Kenntnis von dem Wortlaut der Note. Die Deutsche Volkspartei sah sich aus zweierlei Gründen veranlaßt, ihre jetzige Stellungnahme einer Korrektur zu unterziehen, erstens hat der Abgeordnete Becker-Hessen mehrfach versucht, außerhalb der Reichstagssitzung Aufklärung über die Reparationsverhandlungen der Reichsregierung zu erhalten. Diese Versuche waren mißglückt. Statt dessen wurde die Reparationsnote am Dienstag abend, während der Abgeordnete Becker-Hessen noch jene Versuche unternahm, der Presse zugestellt, ohne daß die Reichstagsparteien Kenntnis davon bekommen hätten. Dieser Regiefehler hatte eine sehr lebhafte Verstimmung bei vielen bürgerlichen Abgeordneten zur Folge.

Für die Deutsche Volkspartei kam zweitens hinzu, daß die Zugeständnisse, die die Reichsregierung hinsichtlich der Finanzkontrolle der Reparationskommission macht, dieser Partei unvereinbar mit den Interessen der deutschen Staatswirtschaft erschienen. Von diesen beiden Gesichtspunkten geleitet, fand sich in der Sitzung, die die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei am Mittwoch vormittag abhielt, eine Mehrheit dafür, bei einem etwa eingebrachten Mißtrauensvotum, in diesem Falle also bei dem Antrag der Deutschnationalen, mit gegen die Regierung zu stimmen. Dieser Beschluß wurde erleichtert dadurch, daß man wußte, daß die Abstimmung doch eine starke Mehrheit für Wirth ergeben würde, da die Mehrzahl der Unabhängigen in diesem Falle nicht für praktische Opposition gegen Wirth zu haben war. Der Zweck der Lektion oder Demonstration schien der Deutschen Volkspartei also erreicht. Auch die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei, die gegen das Mißtrauensvotum stimmte, verstärkte die Stellung des Kabinetts Wirth in dieser Krise.

Alles in allem kann man sagen, daß die Regierung Wirth bei der gestrigen Abstimmung aus der tragfähigen Mehrheit eine erdrückende Mehrheit hätte machen können, wenn sie statt der Geheimdiplomatie ein anderes Verfahren angewendet hätte, als die unvorbereitete Veröffentlichung der Reparationsnote.

Ablehnung des deutschnationalen Mißtrauensantrages

Wie schon gestern gemeldet, hatten die Deutschnationalen im Reichstag überraschenderweise am Dienstag nachmittag einen Antrag eingebracht, der vorschlägt, das Verfahren der Regierung bei den Pariser Verhandlungen zu mißbilligen und der Reichsregierung das verfassungsmäßig notwendige Vertrauen zu versagen. Ueber den Antrag ist am Mittwoch mittag abgestimmt worden. Er wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt. Am Mittwoch abend war die Stimmung in der Deutschen Volkspartei noch für Ablehnung des Mißtrauensantrages. In den Spätabendstunden ist in Berlin der Wortlaut der deutschen Antwort an die Reparationskommission bekannt geworden. Offenbar hat der Inhalt dieser Antwort die Stimmung in der Volkspartei zugunsten des Mißtrauensantrages beeinflußt. Den Ausschlag gab die Bayerische Volkspartei, die sich für die Reichsregierung erklärte.

Die Wirkung der Abstimmung.

b. **Berlin**, 31. Mai. (Eig. Drahtber.) Die heutige Abstimmung im Reichstag hat, wie die Korrespondenz „Dena" erfährt, innerhalb der Fraktion der Deutschen Volkspartei zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten geführt. Zunächst verließ der Abgeordnete Heintze demonstrativ den Saal, Frau Oheimb und der Abgeordnete Kardorff nahmen ebenfalls an der Abstimmung nicht teil. Aber noch auf einen weiteren Konflikt innerhalb der Deutschen Volkspartei weist man der gleichen Nachrichtenagentur zufolge in parlamentarischen Kreisen hin. Der Abgeordnete Stinnes hat nämlich im Auswärtigen Ausschuß die Regierung ausdrücklich davor gewarnt, etwa das Abkommen von Paris und die dorthin zu richtende Note der deutschen Regierung dem Reichstag noch zur Besprechung und Genehmigung vorzulegen. Der Abgeordnete Becker-Hessen, der in Abwesenheit des Abgeordneten Stinnes für seine Fraktion den Antrag auf Besprechung der Note eingebracht hat, befindet sich also in striktem Gegensatz zu der Ansicht des Abgeordneten Stinnes. Stinnes begründete seine Haltung damit, daß es für die deutschen Interessen sehr viel schädlicher sein könne, wenn etwa der deutsche Reichstag noch die Verantwortung für die Maßnahmen der Regierung mitübernehme.

Lloyd George über die Reparationsfrage.

London, 31. Mai. (Drahtber.) Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette" meldet, Lloyd George habe gestern beschlossen, heute im Unterhaus keine Rede über die deutschen Reparationen zu halten. Als die Arbeitervertreter hörten, daß Lloyd George nicht sprechen werde, suchten sie den Premierminister gestern abend auf. Sie wurden durch seine Versicherung über die Haltung Frankreichs gegenüber der neuen Regelung nicht befriedigt und teilten Lloyd George mit, daß sie die Reparationsfrage heute im Unterhaus aufwerfen würden und daß sie eine Antwort des Premierministers auf ihre Politik erwarteten. — Der englische Berichterstatter des „Daily Telegraph" teilt mit, infolge des Schrittes der Arbeiterführer wird das Unterhaus nach den Erörterungen über Irland sich mit internationalen Fragen befassen. Lloyd George wird, dem Berichterstatter zufolge, eine wichtige Rede über die Reparationsfrage halten.

*

Besprechungen in der Reparationskommission.

w. **Paris**, 31. Mai. (Drahtber.) „Havas" veröffentlicht eine offenbar offiziöse Mitteilung, wonach die Delegierten der verbündeten Mächte in der Reparationskommission heute vormittag zusammengetreten seien, um die gestern veröffentlichte deutsche Antwortnote zu prüfen. Obwohl die Beratung vertraulich gewesen sei, scheint die Note vom 28. Mai einen ziemlich günstigen Eindruck gemacht zu haben. Da deren Prüfung im Laufe des Vormittags nicht beendet werden konnte, werden die Delegierten heute nachmittag von neuem zusammentreten und vielleicht heute abend eine offizielle Sitzung abhalten, um sich über die Einzelheiten der an die deutsche Regierung zu richtenden Note zu besprechen.

Dieses Schriftstück, das den Eingang der letzten Mitteilung des Berliner Kabinetts bestätigen werde, werde zugleich davon Kenntnis geben, ob das an Deutschland für das Jahr 1922 gewährte Moratorium aufrecht erhalten werde oder nicht. In dem Schriftstück würden vielleicht auch genauere Angaben in einer Anzahl von Punkten gefordert werden. Die Fassung dieser nächsten Note der Reparationskommission wird vielleicht erst in einigen Tagen endgültig feststehen.

*

Brüssel, 30. Mai. In der Kammer führte bei Erörterung des Budgets des Ministeriums des Aeußern Minister Jasper aus: Wir sind alle darüber einig, daß die Entente erhalten werden muß. Der Vertrag von Rapallo war ein Trompetenstoß, der nur auf die deutsche Gefahr hinwies. Die Antwort, die die Deutschen jetzt nach Paris gelangen ließen, läßt die Annahme zu, daß eine Verständigung möglich sein wird. Wenn es dazu kommt, so ist es dem Umstande zuzuschreiben, daß man gegenüber Deutschland Festigkeit gezeigt hat.

Verschiebung der Haager Konferenz?

b. **Berlin**, 31. Mai. (Drahtber.) Die Nachrichtenagentur „United Telegraph" meldet aus Paris, in dortigen politischen Kreisen glaube man zu wissen, daß die Haager Konferenz verschoben würde. Lloyd George habe bereits seine Einwilligung gegeben.

Deutscher Reichstag

224. Sitzung.

t. **Berlin**, 31. Mai. 11.20 Uhr. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Wirth, Rathenau, Giesberts.

Auf Antrag des Abg. **Alpers** (D. Hann.) wird der Gesetzentwurf zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung von Neubildung von Bundesstaaten durch Abstimmung der Bevölkerung von der Tagesordnung abgesetzt und erst in den ersten Tagen nach den Ferien erledigt.

Anträge auf Strafverfolgung der Abg. Bruhn (D.N.), Heim (Bayr. B.) und Thomas (Komm.) werden abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den

Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark

betreffend die Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen.

Freiherr **v. Rheinbaben** (D.V.) berichtet über die Verhandlung im Auswärtigen Ausschuß. Der Vertrag ist eine Folge des Versailler Friedensvertrags. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Verständigung zwischen den beiden Ländern der beste Weg wäre.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Bei dem vorliegenden Vertrag hat die Regierung ihre Aufgabe darin erblickt, auf der Grundlage der tatsächlich geschaffenen Verhältnisse mit der dänischen Regierung zu einer Verständigung über die zahlreichen Fragen zu gelangen. Den Weg der direkten Verständigung hat auch die dänische Regierung als zweckmäßig anerkannt. Zu den Erfolgen haben nicht zuletzt die Politik und die persönliche Einwirkung des dänischen Außenministers beigetragen. Der Vertrag werde hoffentlich dazu dienen, die beiden Völker in absehbarer Zeit einander näher zu bringen. Der Gedanke, daß unsere Volksgenossen in den Kulturkreisen verbleiben werden, denen sie bisher angehörten, hat etwas tröstliches für uns. Auch ihnen ist weiterhin die Möglichkeit gegeben, den Gedanken des Deutschtums zu pflegen und treue Anhänger der deutschen Kultur zu sein. Der Reichskanzler bittet am Schluß seiner Rede, den Vertrag anzunehmen. (Beifall.)

Nach kurzer Aussprache wird der Vertrag in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Besprechung der

Antwort der deutschen Regierung

auf die Note der Reparationskommission vom 30. Mai soll nach einem Antrag von Dr. Becker-Hessen (D.V.) auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Eine unabhängige Interpellation, die Auskunft von der Regierung über die Pariser Verhandlungen fordert, soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Der Antrag **Crispien** (U.S.P.), in eine Sitzung erst einzutreten, wenn der Reichskanzler weitere

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Mitteilungen über die Antwort der Regierung an die Reparationskommission machen könne, wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Damit ist der Antrag Becker-Hessen (D.V.) auf sofortige Besprechung der Note erledigt.

Sozialversicherungen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zulagen aus der Unfallversicherung wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Versicherungspflicht bei den Krankenkassen. Die Regierung hatte beantragt, daß die Versicherungspflicht zur Krankenkasse auf Einkommen bis 60 000 Mk. erhöht wird. Der Ausschuß schlägt eine Erhöhung bis 72 000 Mk. vor. Der Ausschußantrag wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung eines von allen Parteien eingebrachten Gesetzentwurfs, nach dem die Grenze für die Versicherungspflichtigen und -Berechtigten in die Höchstgrenze für den Grundlohn der Krankenkasse, ferner die Geldbeträge in der Wochenfürsorge, sowie die Geldbeträge in der Unfallversicherung, desgleichen die Jahresarbeitsverdienste in der Unfallversicherung und schließlich das Maß der Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung von der Reichsregierung geändert und Uebergangsvorschriften erlassen werden können.

Ein gemeinsamer, vom Abg. **Andre** (Ztr.) begründeter Antrag der Bürgerlichen und Sozialdemokraten fordert, daß in der Angestelltenversicherung die Grenze auf 100 000 Mk. festgesetzt werden soll; auf die bisherigen sollen vier weitere Lohnklassen aufgebaut werden. Dieser Antrag wird unverändert angenommen.

Das Soldatenversicherungsgesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt dann die

Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag.

Zunächst werden Erklärungen einzelner Fraktionen abgegeben. Abg. **Crispien** (U.S.P.) lehnt im Namen seiner Fraktion den Antrag der Deutschnationalen ab. Die Unabhängigen behielten sich vor, die Regierung über die Fortführung der Reparationspolitik zu interpellieren, um alsdann zu dem Verhalten der Regierung Stellung zu nehmen.

Abg. **Hergt** (D.N.) weist darauf hin, daß die Note mit der Souveränität des Reiches völlig unvereinbare Einzelbestimmungen enthalte, wodurch der Mißtrauensantrag erhöhte Bedeutung erlange. Die Regierung habe die Rechte der Volksvertretung von neuem schwer verletzt. Die gefährliche Erfüllungspolitik dürfe nicht in der bisherigen Weise fortgeführt werden. Deshalb müsse durch die Annahme des Mißtrauensantrages die Regierung beseitigt werden.

In der Erklärung der Deutschen Volkspartei, die Abg. **Becker-Hessen** abgibt, wird eine weitgehende Finanzkontrolle mit der Würde des Deutschen Reiches für unvereinbar gehalten. Nachdem es der Deutschen Volkspartei durch Beschluß des Reichstages unmöglich gemacht werde, ihre Auffassung in dieser Beziehung genauer darzulegen, bleibe ihr nur die Zustimmung zum Antrag Hergt übrig.

Abg. **Höllein** (Komm.) erklärt, er werde für den deutschnationalen Antrag stimmen.

Die Bayerische Volkspartei lehnt den Mißtrauensantrag durch den Abg. **Leicht** ab.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag wird darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und Kommunisten abgelehnt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 13. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Vorlagen zu § 18 der Reichsverfassung. Falls entsprechend dem Antrag Crispiens eine Mitteilung des Reichskanzlers eingeht, soll die Sitzung früher anberaumt werden.

Schluß ¼3 Uhr.

Die deutsche Antwortnote.

Als Ergebnis der Verhandlungen, die Reichsfinanzminister Dr. Hermes mit der Reparationskommission in Paris geführt hat, wurde am Montag in Paris eine Note der deutschen Regierung überreicht. Der Wortlaut dieser Note ist am Dienstag in den späten Abendstunden in Berlin veröffentlicht worden. Wir haben gestern früh einen kurzen Auszug gebracht. Da die Telefonverbindung längere Zeit durch Gewitter in Mitteldeutschland gestört war, war der volle Wortlaut der Note vor Redaktionsschluß nicht mehr zu erlangen. Nun liegt uns der amtliche Text der Note vor. Sie lautet:

Berlin, 30. Mai.

Unter Bezugnahme auf Ihre Note vom 9. Mai 1922 und die Besprechungen, welche inzwischen in Paris stattgefunden haben, beehrt sich die deutsche Regierung in der Anlage den Plan über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches im Rechnungsjahr 1922 mitzuteilen, der aufgrund eingehender Nachprüfung gemäß der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 und der erwähnten Note der deutschen Regierung vom 9. Mai 1922 aufgestellt ist.

Die Erhöhung der Einnahmen gegenüber dem zurzeit dem Deutschen Reichstage vorliegenden Haushaltsplan beruht auf der erneuten Schätzung der deutschen Steuern einschließlich des Steuerkompromisses unter Berücksichtigung des in letzter Zeit ermittelten Aufkommens des vorangegangenen Jahres und seit der letzten Schätzung der fortgeschrittenen Geldentwertung.

Zu den Ausgaben wird folgendes bemerkt: Die Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen sind beseitigt. Für die Lebensmittelverbilligung sind für 1922 nur noch 950 Millionen gegenüber 17,2 Milliarden Mark in 1921 vorgesehen. Im übrigen sind die Subventionen und Subsidien, soweit es die Rücksicht auf bestehende Verpflichtungen und die Möglichkeit einer Aenderung der Organisation zuließ, weggefallen und weitere Streichungen bei den Ausgaben-Ansätzen vorgenommen worden. Auf diese Weise sind im Haushalt für 1922 gegenüber 1921 Ausgaben im Betrage von 24,5 Milliarden abgesetzt.

Bei den außerordentlichen Haushalten der allgemeinen Reichsverwaltung und bei den Betriebsverwaltungen sind, wie die Schlußbemerkung zu dem anliegenden Plan ergibt, gegenüber den Ansätzen des Etats Ersparnisse in Höhe von mindestens 3 Milliarden Mark in Aussicht genommen. Die Erzielung weiterer Ersparnisse innerhalb der Reichsverwaltung ist in die Wege geleitet. Um die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu sichern, hat die deutsche Regierung neuerdings den Beschluß gefaßt, im Reichsfinanzministerium einen besonderen Kommissar zu bestellen.

Die Papiergeldausgabe.

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag;

2. Wenn am 30. Juni oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, werden Schritte getan, um sicherzustellen, daß die Ueberschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird, und zwar entweder mit Hilfe von Eingängen, welche die Ausgaben in drei Monaten übersteigen, soweit solche Eingänge verfügbar sein sollten, oder durch Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht. Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuersystems einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziele, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr oder, wenn davon über die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist als die bereits vorhandene und jede bis Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Ueberschreitung. Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres

folgenden Maßnahmen:

a) Solange keine Eingänge aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgrund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellung, ob und inwieweit eine Ueberschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Gegenwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März hinzugerechnet;

b) Alle Eingänge aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwandt werden, und zwar mit Vorrang vor allen anderen Verwendungszwecken, und vorbehaltlich der aufgrund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und solchen anderen Lasten, hinsichtlich derer die Reparationskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

Nachprüfungen.

Auf der Grundlage des Schreibens, das die Reparationskommission am 21. März 1922 an den Reichskanzler richtete, erklärt sich die deutsche Regierung grundsätzlich mit den in diesem Schreiben vorgesehenen Nachprüfungen einverstanden. Sie geht dabei davon aus, daß diese Nachprüfungen die Souveränität Deutschlands nicht antasten und den geregelten Gang der Verwaltung nicht stören und in die durch das Steuergeheimnis geschützten Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen nicht eindringen dürfen. Was die Einnahmen anlangt, wird die deutsche Regierung dem Garantiekomitee ohne Verzögerung alle gesetzlichen oder reglementarischen Bestimmungen mitteilen. Sie wird mit dem Garantiekomitee über die Maßnahmen zur Anwendung der Steuer-Tarifgesetzgebung ins Benehmen treten und ihm alle notwendigen Erleichterungen zur Nachprüfung ihrer Ausführung gewähren. Was die Ausgaben anlangt, so muß die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß es in Deutschland bereits eine Prüfung des Ausgabendienstes gibt, die dazu dient, Etatsüberschreitungen zu verhüten. Sie ist bereit, die Wirksamkeit dieser Prüfung soweit wie irgend erforderlich, zu verstärken. Die deutsche Regierung wird dem Garantiekomitee jede Möglichkeit geben, sich über die Wirksamkeit der geübten Prüfung zu vergewissern. Ueber die Einzelheiten der oben bezeichneten Nachprüfungen wird die deutsche Regierung mit dem Garantiekomitee ins Benehmen treten.

Kapitalflucht.

Im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der Reichsregierung, insbesondere durch die Vorbereitung und Verabschiedung des Steuerkompromisses, sowie auf die sich anschließende wochenlange Behinderung mehrerer ihrer Mitglieder und durch die Verhandlungen der Konferenz von Genua war es der Reichsregierung nicht möglich, die Fragen neuer Vorschläge über die Maßnahmen zur Rückführung des geflüchteten Kapitals und zur Bekämpfung der Kapitalflucht abschließend zu klären. Sie ist aber mit der Reparationskommission darin einig, daß alles getan werden muß, um das angegebene Ziel zu erreichen. Mit Rücksicht auf die zu erwartende Gestaltung der Verhältnisse mißt die deutsche Regierung der Rückführung der geflüchteten Kapitalien besondere Bedeutung bei. Sie wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Rückführung im Wege einer äußeren oder inneren Anleihe zu erreichen. Im übrigen erklärt sich die deutsche Regierung bereit, über die Einzelheiten der Bekämpfung der Kapitalflucht mit dem Garantiekomitee ins Benehmen zu treten und aufgrund dieser Erörterung die Maßnahmen zu treffen, die geeignet erscheinen, die Kapitalflucht zu verhindern. Die deutsche Regierung wird der Reparationskommission das Programm für die oben erwähnten Maßnahmen noch mitteilen. Die Autonomie der Reichsbank und die volle Unabhängigkeit gegenüber der deutschen Regierung ist durch Gesetz vom 26. Mai 1922 sichergestellt.

Statistik.

Die deutsche Regierung hat angeordnet, daß die statistischen Veröffentlichungen wieder auf der Basis der Vorkriegszeit erfolgen; sie wird dem Garantiekomitee ihre Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand dieser Veröffentlichung mitteilen und schlägt vor, die auf dem Gebiete der Statistik liegenden Fragen mit dem Garantiekomitee im Einzelnen zu erörtern. Bei Abgabe der vorstehenden Erklärung geht die deutsche Regierung davon aus, daß die Reparationskommission die in ihrer Entscheidung vom 21. März 1922 für 1922 vorgesehene Regelung der Reparationsleistungen nunmehr für endgültig erklären wird.

(gez.) Dr. Wirth.

*

In den Anlagen zur Note werden Mitteilungen über die Einnahmen und Ausgaben für 1922 gemacht. In der Schlußbemerkung heißt es: Die Reichsregierung hat geprüft, inwieweit noch während des Rechnungsjahres 1922 Ersparnisse erzielt werden können. Dies wird bei der allgemeinen Reichsverwaltung insoweit der Fall sein, als durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung die Ausgaben für die Erwerbslosenversicherung ermäßigt werden, wenn nicht etwa eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer Vermehrung der Erwerbslosen führen sollte. Bei der Eisenbahnverwaltung ist in Aussicht genommen worden, daß durch äußerste Einschränkung der geplanten Bauten und Beschaffungen drei Milliarden gespart werden. Anschließend an die Note gehen der Reparationskommission noch Mitteilungen über den Zwangsanleihe-Gesetzentwurf zu.

Die Entscheidung über die deutsche Antwort.

Paris, 31. Mai. Wie der „Petit Parisien" mitteilt, tritt heute vormittag um ½11 Uhr die Reparationskommission zur sachlichen Prüfung der deutschen Antwortnote zusammen. Der internationale Anleiheausschuß hält heute nachmittag um 4 Uhr eine Sitzung ab.

*

Zu der deutschen Note an die Reparationskommission schreibt der „Matin", es scheine, daß die Antwort bei den ausländischen Bankiers einen guten Eindruck gemacht habe. Sie hätten darin einen Beweis guten Willens erblickt. Aber sie dürften doch nicht vergessen, daß es immerhin erst einfache Versprechungen wären, die allein schon aus Furcht vor den Sanktionen gegeben worden seien.

Der „Petit Parisien" vertritt den Standpunkt, die Antwort scheine zu beweisen, daß Deutschland die Notwendigkeit die Forderungen zu erfüllen, begriffen habe. In ihrer Gesamtheit scheine die

Von maifrischblühender Herzensjugend im Alterschnee...

Von **Martha Reimann**, Lichtental.

Ein köstlicher Maientag blaut über den Schwarzwaldbergen. Vor dem Portal eines Altersheims in ländlich freier Umgebung hält ein prunkloses, offenes Gefährt. Die in den Kissen lehnende ehrwürdige Gestalt in tiefer Trauerkleidung dankt mit freundlichem Neigen des Hauptes für jeden Gruß.

Einst leuchtete eine Fürstenkrone über der durchgeistigten Stirn der hochbetagten Greisin... Die irdischen Kronen sind in den Staub gerollt. Aber sie bedarf nicht des äußerlichen Symbols der Hoheit — sie — die gekrönt ist mit der unverlierbaren Krone edelsten, kampfgeläuterten, gütespendenden Menschentums ...

Nun steht die schlichte Gestalt, umwittert von der Majestät hohen Alters und schicksalsschwersten Erlebens, inmitten der Heimbewohnerinnen. Sie ist gekommen, von ihnen Abschied zu nehmen. Denn das traulich-schöne Altersasyl fällt der Ungunst der Zeiten zum Opfer. Von den Lippen der Dreiundachtzigjährigen perlen klar durchdacht und herzenswarm Worte, die den Lauschenden unvergeßlich bleiben werden. „Mein Herz ist immer noch jung und warm geblieben. Um so schmerzhafter empfinde ich meine Ohnmacht all der schweren Not gegenüber, der ich nicht mehr so tatkräftig abhelfen kann, wie" — ein kurzes Stocken — „in früheren Zeiten!" ... Dann spielen Fältchen feinen Humors um Lippen und Augen: „Ja, ja, das liebe Alter! Mit 60 — da geht es noch ganz gut — mit 70 — da fängt es schon bedenklich an zu wackeln — aber mit 80 — na, wenn Sie das erleben, dann werden Sie an mich Uralte denken ..."

Wenn es wahr ist, daß das Alter untrüglich das innerste Wesen des Menschen in die Züge seines Angesichts schreibt, so liest sich die Schrift dieses edelgemeißelten, von Geist und Güte übersonnten Frauenantlitzes etwa wie eines der sinnigsten Bibelworte: „Selig sind, die reinen Herzens sind, den sie werden Gott schauen! ..."

Und während die dunkle Silhouette sich im einfallenden Fensterlicht scharf und klar zeichnet, tritt eine überraschende Aehnlichkeit zutage mit der Profillinie des großen Ahnherrn der deutschen Kaisertochter — des „Alten Fritz", dessen persönliche Schlichtheit, aufopfernde Pflichttreue und feingeschliffene Geistigkeit ihr als Erbe überkommen sind.

„Es drängte mich, Ihnen allen zu sagen, daß Ihnen meine wärmste Teilnahme gehört, daß ich Ihrer mit herzlichsten Wünschen für die Zukunft gedenke. Gott schütze Sie!" Noch einmal drückt die greise Fürstin jede Hand, schaut klaren Blickes in jedes Auge, deren manch' eines im Tränentau schimmert. Alle haben die edle Frau gekannt und verehrt in den verklungenen Tagen des Glanzes und des Glückes, und nun wird ihnen die Hochbetagte, Leidgeprüfte, zum Vorbild würdiger, mutvoller Ergebung in unabänderliches Geschick.

Am Arm der Leiterin des Heims schreitet die ehrwürdige Gestalt dem Ausgange zu. Da greifen flinke Hände impulsiv in den Blumenreichtum der Schalen und Krüge und streuen der Scheidenden Maienblüten auf den Weg. Ihre Bescheidenheit will es nicht dulden: „Die schönen, armen Blumen — — ich soll darüber schreiten?" Einen dargebotenen Strauß vollerblühter Schneeballen aber nimmt sie dankbar an: „Den bringe ich meiner Tochter mit ..."

Es ist ein schönes Bild, die Gestalt im Trauerkleide mit den weißen Blüten im Arm, die sich zärtlich an ihre Brust schmiegen. Sinnend schaut sie darauf wieder: „Weiß ... das ist das Licht, das in jedes Dunkel leuchtet — und grün — grün ist die Hoffnung!" Ein junges Lächeln verklärt die seelenvollen Züge. Wie eine Seherin, wie eine tapfere unverzagte deutsche Frau hat sie gesprochen, die heimliche Kronenträgerin. Das poesievolle prophetische Sinnbild gräbt sich unauslöschlich in jedes horchende Herz wie ein heiliges Vermächtnis. Das Gefühl, reich beschenkt zu sein, ist der beglückende Inhalt der köstlichen Stunde. Grüßend weht das weiße, schwarzgerandete Tuch, bis das Gefährt um die Wendung der Straße biegt.

Die Verfasserin des Jugendromans „Auf der Schattenseite des Lebens" — von der sie jetzt als betagte Frau weiß, daß es eigentlich die Lichtseite war — wandelt durch die weiten Gänge des Heimes ihrer stillen Klause zu und spricht versonnen vor sich hin: „Grün ist die Hoffnung — und weiß ist das Licht — das einst durch das Dunkel der Wolken bricht — wenn Deutschland im Innern geeinigt ist — und allen Zwiespalt und Hader vergißt!"

Das Händelfest in Halle.

Uraufführung der Oper „Orlandos Liebeswahn".

Das Händelfest in Halle, das Hunderte von Musikgelehrten, Professoren, Kapellmeistern nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus England, der Schweiz und Italien nach Halle gebracht hatte und das vier Tage dauerte, gab einen Ueberblick über das Gesamtschaffen des Komponisten und brachte auch die Werke Händels in neuen Bearbeitungen. Bedeutende Musikgelehrte hatten Oratorien, Sonaten, Kantaten, Arien, Cembalostücke, Duette, Trios, die zum Teil seit mehr als 100 Jahren nicht mehr gehört worden waren, für das Orchester und die Instrumente der heutigen Zeit neu bearbeitet. Prof. Rahlwes „Semele"-Bearbeitung und Prof. Scherings „Susanna"-Bearbeitung dürften für Jahrzehnte Geltung haben; auch englische Musikkenner erklären, daß diese Bearbeitungen künstlerisch und stilistisch die bisher bekannten Bearbeitungen übertreffen. Den größten künstlerischen Genuß bot ein Kammerkonzert in der Aula der Universität, in dem die erlesensten Konzertstücke des Meisters prachtvoll dargeboten wurden. Den Künstlern, vor allem Lotte Leonard-Berlin, Anna Linde-Berlin, E. van der Straeten-London, Dr. Hans Gaartz-Halle, wurden Ovationen gebracht, die man in der Industriestadt Halle bisher nicht kannte.

Das Bedeutendste des Händelfestes war die Uraufführung der dreiaktigen Oper „Orlandos Liebeswahn" im Stadttheater in der Bearbeitung des Privatdozenten Dr. Hans Joachim Moser. Aus der allgemein verbreiteten Ansicht heraus, daß die Opern Händels nicht mehr zeitgemäß seien, sind diese seit fast einem Jahrhundert so gut wie gar nicht mehr gespielt worden, trotzdem der Händelforscher und Händelbiograph Chrysander in der Mitte und am Ende des vorigen Jahrhunderts immer wieder auf die grundlegende Bedeutung dieser Opern hingewiesen hatte. Erst vor zwei Jahren nahm sich der Göttinger Händelverein der Opern wieder an. In der Bearbeitung Dr. Hagens fanden die beiden Opern „Rodelinda" und „Ottone" ihre Auferstehung. Beim Halleschen Händelfest wurde ein anderer Typus der Händeloper, die Zauberoper, zu Ehren gebracht. Die Bearbeitung Mosers mußte allerdings gewaltige Streichungen vornehmen und ganze Partien umgestalten, der Erfolg jedoch bewies, daß das Werk auch auf das große Publikum wirkt. Prof. Hermann Abert-Leipzig betont in seinem Geleitwort zur Festschrift, daß man die Opern Händels durchaus nicht als bloße musikalische Vorstufe zu den Oratorien bezeichnen dürfe und daß sich Händel in seinen Opern als einen Völkerpsychologen erweise, wie die Musik keinen Größeren habe. Selbst dem Laien wurden in der Vorstellung diese Worte klar. Die Aufführung von „Orlandos Liebeswahn" dürfte eine intensive Pflege der Händelopern auf den deutschen Opernbühnen zur Folge haben. F.

*

Uraufführung im Hess. Landestheater Darmstadt. Die Uraufführung von Fritz von Unruhs neuem Schauspiel „Stürme" findet in der Inszenierung von Gustav Hartung am Samstag, den 3. Juni im Hess. Landestheater zu Darmstadt statt.

deutsche Antwort die Reparationskommission zu befriedigen.

„Oeuvre" schreibt, die Entschlossenheit, die den Widerstand des Berliner Kabinetts gebrochen habe, habe nicht in der Bedrohung Deutschlands mit militärischen Sanktionen bestanden, sondern in der solidarischen Haltung der Alliierten, namentlich Englands und Frankreichs, trotz der Zwischenfälle in Genua.

Das „Petit Journal" hegt noch Zweifel. Es sagt, das deutsche Dokument scheine Zweideutigkeiten und elastische Formeln zu enthalten, die viele Quellen von Schikanen darstellen könnten.

Ein neuer Befehl der Entente.

„Entmilitarisierung" des rheinischen Eisenbahn-Netzes.

Berlin, 30. Mai. Dem deutschen Botschafter in Paris ist vom Präsidenten der Botschafterkonferenz folgende Note übergeben worden:

„Herr Botschafter! Artikel 43 des Vertrages von Versailles bestimmt, daß die Beibehaltung aller materiellen Vorkehrungen für die Mobilmachung auf dem linken Ufer des Rheines und westlich einer 50 Kilometer östlich dieses Stromes verlaufenden Linie untersagt ist. Die alliierten Regierungen haben prüfen lassen, welche Maßnahmen passenderweise auf das rheinische Eisenbahnnetz in Beobachtung des genannten Artikels anzuwenden sind, um dieses Eisenbahnnetz zu entmilitarisieren, ohne indessen irgendwie seine gegenwärtige wirtschaftliche Ausbeute zu beeinträchtigen. Von diesen Maßnahmen sind diejenigen, welche auf dem rechten Rheinufer im Gebiet der neutralisierten nicht besetzten Zone zu verwirklichen sind, der deutschen Regierung durch General Nollet, dem Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrollkommission, bekanntgegeben worden. Ihre Ausführung ist im Gange. In den besetzten Gebieten haben die alliierten Regierungen in Verfolg der angestellten Untersuchungen beschlossen, die Eisenbahnrichtungen in zwei Kategorien zu klassifizieren:

1. Augenblicklich in Bau begriffene Einrichtungen. Unter den augenblicklich in Ausführung befindlichen Arbeiten im rheinischen Eisenbahnnetz betreffen gewisse neue Linien, Verdoppelungen, Vervielfachungen von Strecken usw., solche Einrichtungen, deren Programm militärischen Zwecken entspricht, ohne Vorteil in wirtschaftlicher Hinsicht zu bieten. Die alliierten Regierungen fordern die deutsche Regierung auf, diese Arbeiten unverzüglich und endgültig einzustellen. (S. Anl. 2.)

2. Bestehende Einrichtungen: In dem bestehenden rheinischen Eisenbahnnetz befinden sich zahlreiche Einrichtungen, die zu einem rein strategischen Zweck geschaffen wurden, aber keinerlei wirtschaftliches Interesse bieten. Ihre Beibehaltung läßt sich nach der Räumung der rheinischen Gebiete durch die alliierten Truppen nicht mehr rechtfertigen. Die alliierten Regierungen verlangen deshalb, daß die in Rede stehenden Einrichtungen in dem Augenblick, in dem die alliierten Truppen die besetzten Gebiete räumen, zerstört oder so abgeändert werden, daß sie ihren militärischen Charakter verlieren. (S. Anl. 2.) Sie fordern dementsprechend die deutsche Regierung auf, ab heute die notwendigen grundsätzlichen Entscheidungen zu treffen.

Die obigen Entscheidungen sind von den alliierten Regierungen nach eingehender Prüfung der Frage gefällt worden. Die vollständige Anwendung des Artikels 43 würde ihnen erlaubt haben, zahlreichere und bedeutendere Zerstörungen zu verlangen. Aber sie haben in ausgedehntestem Maße den wirtschaftlichen Bedürfnissen der rheinischen Gebiete Rechnung getragen. Sie haben sich bemüht, dem rheinischen Eisenbahnnetz seine ganze kommerzielle Ausbeute zu erhalten. Ueberdies wird die Einstellung der in Ausführung begriffenen Arbeiten Deutschlands gestatten, sehr bedeutende Summen zu sparen, die für ihre Vollendung vorgesehen sind, und so dazu beitragen, seine finanzielle Lage zu bessern.

Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz im Namen der Botschafterkonferenz zu bitten, die obigen Entscheidungen gütigst zur Kenntnis Ihrer Regierung bringen zu wollen und ihr dabei anzudeuten, daß die alliierten Mächte sich für berechtigt halten, auf eine rasche Ausführung ihrer Entscheidungen zu zählen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Poincaré."

Anlage 1 bestimmt: 1. Der Bau der zweigleisigen Strecke Hamborn—Geldern ist einzustellen; 2. Die zweigleisige Strecke Osterat—Holzheim—Liblar—Dernau darf nur ein Gleis bekommen; 3. Die Strecke Aachen—Düren—Köln darf nur zwischen Aachen und Düren viergleisig werden; 4. Die Strecke Trier—Ehrang—Koblenz darf nur zwischen Trier und Ehrang vier Gleise erhalten.

In der Anlage 2 werden unter vier Punkten die bereits bestehenden Anlagen aufgeführt, deren Zerstörung oder Abänderung im Augenblick der Räumung des besetzten Gebietes zu bewerkstelligen ist. Hiernach sind: 1. Die strategischen zweigleisigen Strecken Remagen—Hillesheim—Losheim und Bad Münster—Homburg sowie die Gabelung Hillesheim—Gerolstein—Lommersweiler eingleisig zu machen; 2. Die militärischen Zwecken dienden Verbindungen der Strecken Geldern—Wesel, Geldern—Cleve, Erpel—Remagen und Sinzig—Bodendorf zu zerstören, desgleichen die Verbindungen der Strecken Hohenrein—Oberlahnstein, Rüdesheim—Ockenheim und Odernheim—Staudernheim (Rheinbrücken bleiben erhalten); 3. zahlreiche in der Unteranlage aufgeführte und hauptsächlich für militärische Zwecke gebaute Einrichtungen wie militärische Bahnsteige, Ausladerampen, Verpflegungsstellen usw., zu zerstören; 4. die in einer weiteren Unteranlage aufgeführten Einrichtungen, wie Depots, Munitionsparks usw. gleichfalls zu zerstören.

Wie das Wolffbüro hört, unterliegt die Note gegenwärtig der Prüfung der zuständigen Stellen. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß diese Forderungen, die übrigens Kosten in einer zurzeit noch nicht zu übersehenden Höhe verursachen würden, jedenfalls zum großen Teil in Artikel 43 des Friedensvertrages keine Stütze finden.

*

Wahnwitzige Forderungen.

b. **Berlin**, 31. Mai. (Eig. Drahtber.). Zu der gestrigen Note des Obersten Rates, die sich gegen einige Eisenbahnlinien im besetzten Rheinland richtet, hat die „Zeit" den Reichstagsabgeordneten Quaatz, einen sehr guten Kenner der rheinländischen Wirtschaftsverhältnisse, um seine Meinung befragt. Quaatz sagte unter anderem folgendes: Die Forderung der Botschafterkonferenz findet im Rheinland-Abkommen keine Stütze. Es ist unwahr, daß diese Strecken militärischen Zwecken dienstbar sind. Vielmehr sind es ausschließlich Linien von rein wirtschaftlicher Bedeutung. Wie irrsinnig man vorgeht, zeigt daß ein Teil der Verbindung zwischen Aachen und Köln verhindert werden soll, Den schwersten Schlag davon wird der Hafen Antwerpen haben, der in der Hauptsache auf diesen Weg angewiesen ist. Schon jetzt sind die Verkehrsschwierigkeiten auf dieser Linie außerordentlich groß und den Nutzen davon wird der Hafen Rotterdam haben.

Die Lage in Oberschlesien.

D. L. i. O.

Berlin, 31. Mai. Wie die Blätter aus Breslau melden, ist die vergangene Nacht in Kattowitz ruhig verlaufen, dagegen liegen aus dem Landkreis Kattowitz und besonders aus Laurahütte neue Alarmnachrichten vor. Die Terrorakte der Polen haben sich inzwischen auf den Kreis Rybnik ausgedehnt, wo gleichfalls deutsche Beamten und Arbeiter mißhandelt wurden. Die Stadtverordnetenversammlung von Kattowitz hat vom Bürgermeister den Auftrag erhalten, von der interalliierten Kommission in Oppeln Hilfe für die bedrohten Deutschen zu verlangen. Die Hilfe ist nicht erfolgt. Auf das Ersuchen des deutschen Bevollmächtigten um Maßnahmen zum Schutze der deutschen Bevölkerung hat die Kommission schließlich solche Maßnahmen zugesichert. Ob und in welchem Umfange Schutzmaßnahmen tatsächlich getroffen werden, bleibt abzuwarten. Von polnischer Seite wird erklärt, daß die Terrorakte gegen deutsche Arbeiter und Beamten die Antwort sei auf die angebliche Verprügelung polnischer Arbeiter im Kreise Gleiwitz. In den Berliner zuständigen Stellen konnte laut „Germania" noch nicht festgestellt werden ob derartiges in Gleiwitz vorgekommen ist. Jedenfalls stehen, wenn sich dort vereinzelte Ausschreitungen gegen Polen ereignet haben sollten, diese Vorkommnisse in gar keinem Verhältnis zu dem Ausmaße des polnischen Terrors.

Deutsches Reich

Um die Getreidezwangsabgabe.

München, 30. Mai. Der deutsche Landwirtschaftsrat nahm Resolutionen an, in denen darauf hingewiesen wird, daß der deutsche Landwirtschaftsr. sich einmütig auf den Boden des Hilfswerkes der deutschen Landwirtsch. stellt, aber darauf aufmerksam macht, daß die Erneuerung der Getreideumlage für 1922/23 die Durchführung des Hilfswerkes aufs äußerste erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde. Die Getreideumlage in der vorjährigen Form sei eine äußerst ungerechte Sonderbesteuerung der Landwirtschaft und ihre Wiederholung könne nicht ertragen werden. Zu einer Verbilligungsaktion für die minderbemittelten Bevölkerungskreise mit Brotgetreide ist die Landwirtschaft unter der Voraussetzung bereit, daß wie sie gleichermaßen die leistungsfähigen Schichten der anderen Erwerbszweige herangezogen würden. Die deutsche Landwirtschaft empfiehlt die Beschaffung einer Getreidereserve zum Marktpreis im freien Verkehr.

Die Krankenkassen-Versicherungspflicht.

Berlin, 31. Mai. Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik nahm den Gesetzentwurf über die Versicherungspflicht in der Krankenkasse an, wonach die Grenze in der Versicherungspflicht von 40 000 ℳ auf 72 000 ℳ erhöht wurde.

Disziplinarverfahren gegen einen Vizepräsidenten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Berlin, 30. Mai. Vor der Potsdamer Reichsdisziplinarkammer begann gestern der „B. Z." zufolge der Prozeß gegen den Vizepräsidenten Dr. Adolf Beckmann von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und gegen Regierungsrat Georg Jeder von derselben Behörde. Sie sind der Pflichtverletzung bei der Ausübung ihres Amtes und einer pflichtwidrigen Behandlung von einlaufenden Beschwerden von Patienten der Lungenheilanstalt Lippspringe beschuldigt. Die Aktenbände wiegen über einen Zentner.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verurteilt.

t. **Breslau**, 31. Mai. Wegen Beleidigung verurteilte die Strafkammer des hiesigen Landgerichts den Oberpostsekretär Böhnig aus Waldenburg zu 6 Wochen Gefängnis. Böhnig hatte gelegentlich einer Fahrt im Autoomnibus mit Bezug auf die vom Reichspräsidenten aus dem Dispositionsfonds für das oberschlesische Hilfswerk zur Verfügung gestellten Gelder von 250 000 M., laut vor allen Fahrgästen gesagt: „Dieses Geld hat der Reichspräsident gestohlen!"

Badischer Landtag

Nachmittagssitzung.

t. **Karlsruhe**, 31. Mai. Auf eine Anfrage des Abg. Graf (Soz.) über die angebliche Aufhebung der Sonntagsfahrkarten wurde vom Regierungstisch geantwortet, daß beabsichtigt sei, solche Karten nur noch von Karlsruhe und Mannheim abzugeben. Bei einer endgültigen Entscheidung werde dafür gesorgt werden, daß Baden gegenüber anderen Ländern nicht benachteiligt werde.

Die Milchschulden oberbadischer Städte.

Namens des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Marum (Soz.) über den Gesetzentwurf betr. die Uebernahme einer Bürgschaft für die Rückzahlung der von der Reichsregierung den Gemeinden Kleinlaufenburg, Stollingen, Badisch-Rheinfelden, Waldshut, Lörrach, Brombach, Säckingen, Singen, Murg, Rastatt und Konstanz für die Abdeckung ihrer Milchschulden zu gebenden Darlehensbeträge sowie die Beteiligung des Landes Baden an diesem Darlehen in gleicher Höhe wie das Reich.

In einer kurzen Aussprache erklärte sich Abg. Mayer-Karlsruhe (D.Ntl.) gegen das Gesetz, weil sich das Ausland den Gemeinden gegenüber viel zu nachgiebig gezeigt habe. Prinzipiell stehe Redner auf dem Standpunkt, daß den Gemeinden geholfen werden müsse. — Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in 1. und 2. Lesung mit allen gegen sechs (D.Ntl.) Stimmen angenommen.

Besoldungsgesetz und Teuerungszuschlag.

Im Auftrag des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) über die zweite Aenderung des Besoldungsgesetzes. Es handelt sich hierbei um die Rückversetzung der Zeichen- und Musiklehrer aus Klasse 10 in Klasse 9 der Besoldungsordnung. — Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen (Komm.) angenommen. — Das Gesetz über die Erhöhung des Teuerungszuschlags bestimmt, daß ab 1. Mai 1922 der Teuerungszuschlag zu dem Grundgehalt bis 10 000 ℳ 120 Prozent, im übrigen 65 Prozent und bei den Kinderzuschlägen 65 Prozent beträgt. Auch den Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen kommen die gleichen Sätze zu. — Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Im Zusammenhang damit fand die Beratung des

Pensionsergänzungsgesetzes

statt, worüber Abg. Hofheinz (Dem.) berichtete.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

Als Berichterstatter des Haushaltsausschusses sprach Abg. Marum (Soz.) über die noch unerledigte Position

Wissenschaft und Künste

im Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. (Ueber die Beratungen im Haushaltsausschuß haben wir jüngst berichtet.) Bei dieser Position handelt es sich u. a. auch um den Zuschuß zum Badischen Landestheater in Karlsruhe und um die Gesuche der Städte Mannheim, Freiburg, Konstanz um Staatszuschüsse zu ihren Stadttheatern. — In seinen Ausführungen teilt der Berichterstatter mit, daß das Defizit des Landestheaters gegen dem Stand im September 1921 (4,6 Millionen) sich um mehrere Millionen erhöht habe. Eindringlich schilderte der Redner die Not der Altpensionäre und Hinterbliebenen der Mitglieder des ehemaligen Hoftheaters, denen unbedingt geholfen werden müsse.

In der Aussprache betonte

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.), für die Landesbibliothek sei der Betrag von 160 000 ℳ für Neuanschaffungen recht gering. Die Aufstellung des Landesmuseums im ehemaligen großherzoglichen Schloß ist durchaus einwandfrei. Die Karlsruher Bevölkerung sollte die Sammlung fleißiger besuchen. Auch auf die Kunsthalle kann Karlsruhe stolz sein. Das Staatstechnikum ist als eine Mittelschule zu betrachten, aus der unsere mittleren Techniker hervorgehen sollen. Eine 2. Technische Hochschule darf aus dem Staatstechnikum nicht gemacht werden. Die Unterstützung der heimatkundlichen Vereine und Zeitschriften ist wohl angebracht. In der Angelegenheit des Zuschusses beim Landestheater besteht ein Vertrag zwischen der Stadt Karlsruhe und dem Staat. Hierzu kommt, daß die früheren Verpflichtungen der Großh. Zivilliste gegenüber dem Hoftheater vom Staate übernommen worden sind. Der Staat ist verpflichtet, zum Betrieb des Landestheaters, und die Stadt Karlsruhe muß die Hälfte des Defizits übernehmen. Wir müssen sehen, ob sich Abstriche machen lassen, um das Defizit verringern zu können. Der Personalstand ist gegenüber dem Nationaltheater Mannheim ganz bedeutend verringert worden. Ein Austausch der Kräfte von Mannheim und Karlsruhe scheint bei den hohen Fahrpreisen und Verpflegungskosten undiskutabel. Eine Schließung des Theaters wäre außerordentlich bedauerlich, denn es ist für viele eine Erbauungs- und Erholungsstätte. Wir müssen Mittel und Wege suchen, um das Theater zu erhalten. Der Redner vertrat die Tätigkeit des Bühnenvolksbundes, der eine durchaus neutrale Organisation sei.

Präsident Wittemann teilt mit, daß die folgenden Redner Dr. Glockner (Dem.), Weber (D. Volksp.), Marum (Soz.) und D. Mayer (D.Ntl.) auf das Wort verzichtet haben. (Abg. Dr. Baumgartner: Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich auch verzichtet.)

In der Einzelberatung trat Frau Abg. Straub (Dem.) für die staatliche Unterstützung des Freiburger Stadttheaters und

Abg. Weber (D. Volksp.) für das Landestheater ein, das mit seinen Gastspielen, zum Teil im besetzten Gebiet, eine nationale Tat vollbringe. Aehnliches geschehe aber auch vom Mannheimer Nationaltheater. Auch das Freiburger Theater verdiene die Unterstützung des Staates. Am Personal des Landestheaters kann nicht mehr gespart werden. Das Landestheater muß seinen alten künstlerischen Ruf zu wahren suchen.

Abg. Dr. Hanemann (D. Ntl.) vertrat die Wünsche der Stadt Mannheim um Staatszuschuß für das dortige Nationaltheater. Das Defizit wird sich für das laufende Jahr auf etwa 12 Millionen beziffern. Trotz der üblen Erfahrungen mit der letzten Preiserhöhung sollen in der nächsten Spielzeit die Preise nochmals um 50 Prozent erhöht werden. Der Stadtrat Mannheim verneint, daß weitere Ersparungen am Nationaltheater möglich sind. Das Mannheimer Theater könne ohne Staatshilfe nicht erhalten werden.

Abg. Strobel (Soz.): Das, was der Staat mit der Stadt Karlsruhe über das Landestheater bis 1924 vereinbart hat, wird zu jenem Zeitpunkt kaum sein Ende finden. Wenn der Staat der Stadt Mannheim 100 Hektar Wald zur Verfügung stellt, werden wir auch damit zufrieden sein. (Heiterkeit.) Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg erhalten hohe Zuschüsse für die Hochschulen, Mannheim erhält so gut wie nichts, weder für die Kunsthalle noch für die Musikhochschule oder die Handelshochschule. Schund und Kitsch werden triumphieren, wenn die Theater auf Kasseneinnahmen allein angewiesen sind. Die Existenz des Mannheimer Theaters steht auf sehr schwachen Füßen.

Inzwischen ist ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen. Die Regierung möge prüfen, ob nicht den Theatern in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Konstanz zur Abhaltung von Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen Staatsmitteln zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Abg. Bernays (D. Vp.) trat ebenfalls für das Mannheimer Theater ein.

Abg. Duffner (Ztr.): Das Defizit des Badischen Landestheaters soll 10 Millionen betragen und sich am Ende des Spieljahrs noch erhöhen. Wir sollten eine genaue Zahl wissen. Wenn Zuschüsse zu den Theatern gegeben werden, dann sollen sie den minderbemittelten zugute kommen. Bei aller Kunstfreudigkeit muß man auch auf die finanzielle Lage der Länder Rücksicht nehmen.

Staatspräsident Dr. Hummel:

Die Anregung, eine Kommission einzusetzen, um den Betrieb des Landestheaters auf seine Sparsamkeit zu prüfen, kann ich nicht verstehen. Die notwendige Begründung zur Einsetzung einer solchen Kommission ist hier auch nicht gegeben worden. Ich bitte, diesen Gedanken nicht weiter verfolgen zu wollen; es dürfte schließlich etwas ganz anderes herauskommen, als die Möglichkeit, noch weiter sparen zu können. Rechnungsmäßig wird die Zahl von 10 Millionen für das Badische Landestheater nicht ausreichen.

Abg. Großhans (Soz.) sprach für die Unterstützung des Konstanzer Theaters.

Abg. Fischer-Freiburg (Ztr.) vertrat die Unterstützung des Stadttheaters Freiburg.

Abg. Hertle (Landb.): Die für die Theater bestimmten Mittel sollte man den notleidenden alten Leuten in den Städten zukommen lassen. Wer ein Vergnügen haben will, soll es auch bezahlen. Wir lehnen alle Anträge auf Zuschüsse ab.

Staatspräsident Dr. Hummel:

Ich kann diese Ausführungen nicht unwidersprochen ins Land hinausgehen lassen. Die ganze Argumentation ist durch und durch unrichtig. Es ist eine kühne Behauptung, zu sagen, die Theater seien der Platz, wo sich die oberen Zehntausend amüsieren. Diese Anschauung ist durchaus falsch. Sowohl das Theater in Karlsruhe, wie die Theater in Mannheim und Freiburg werden im wesentlichen nicht von denjenigen Personen besucht, die man als die oberen Zehntausend bezeichnen darf, sondern von den breiten Schichten des gebildeten Mittelstandes, der Angestelltenschaft und der Arbeiterschaft. Ich möchte dem Abg. Hertle einmal raten, sich die Besucher des Karlsruher Theaters anzusehen, ehe er ein solch falsches Urteil fällt. Dieses Urteil entspricht in keiner Weise der Wirklichkeit. Leider Gottes gehen gerade die besitzenden Schichten nicht in solcher Menge ins Theater, wie das notwendig wäre. Es gibt auch noch Menschen, die außer den Geldbeutelinteressen noch andere Interessen haben. (Sehr richtig!) Wir begrüßen die Tätigkeit der großen Organisationen, die die breiten Schichten unserer Bevölkerung mit guter Theaterkost versehen wollen und die damit wieder Ideale in das Volk hineintragen wollen. (Beifall.)

Kurz vor 8 Uhr wurde die Beratung abgebrochen.

Fortsetzung Donnertsag 8.30 Uhr.

Verschiedene Drahtmeldungen

Das neue österreichische Kabinett.

t. **Wien**, 31. Mai. Gestern abend haben sich die bürgerlichen Parteien auf das neue Kabinett geeinigt. Bundeskanzler wird der Führer der Christlich-Sozialen Partei, Dr. Seipel (nicht Seidel, wie gestern gemeldet wurde), Minister des Aeußern wird der bisherige Handelsminister Dr. Grünenberg, der einzige Nichtparlamentarier des Kabinetts. Außerdem gehören dem Kabinett noch 6 Christlich-Soziale und 3 Großdeutsche Abgeordnete an. Der abtretende Bundeskanzler Schober wird das Polizeipräsidium übernehmen.

Unruhen in Deutsch-Südwest-Afrika.

t. **London**, 31. Mai. In Deutsch-Südwestafrika sind die Eingeborenen mit der neuen Lage wenig einverstanden. Sie fordern Unabhängigkeit, Wiedereinsetzung des früheren Zustandes. Vereinzelte Hottentottenstämme sind in offenem Aufruhr begriffen. Bei Zwischenfällen gab es bei Weißen und Farbigen Tote und Verwundete, wobei auch die Polizei Verluste erlitt.

Lohnherabsetzung in den Vereinigten Staaten.

t. **Chicago**, 31. Mai. Die aus der Gesellschaft der Eisenbahn und dem Publikum bestehende Kommission teilt mit, daß von Juli ab überall in den Vereinigten Staaten eine neue Lohn- und Gehaltsordnung in Kraft treten wird, die eine Herabsetzung der Löhne von insgesamt 48 Millionen Dollars vorsieht.

„Putzt Metall mit Basolin"

Das deutsche Handwerk beim Wiederaufbau der Volks- und Weltwirtschaft.

Im Saale des „Friedrichshofes" zu Karlsruhe hatten sich am gestrigen Mittwoch nachmittag auf Einladung ihrer Organisationen zahlreiche Gewerbetreibende aus unserer Stadt und Nachbarschaft eingefunden, um einem interessanten Vortrage des Generalsekretärs des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Karl Herrmann (Reutlingen-Berlin) über obiges Thema zu folgen. Neben anderen behördlichen Vertretern, waren der Vorstand des Landesgewerbeamtes, Geh.-Rat Cron, erschienen. Auch bemerkte man einige Abgeordnete.

Der Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe, Reichstagsabg. Isemann, begrüßte die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, worin er auf Genua verwies. Mit den dortigen Resultaten könne man relativ zufrieden sein. Ein wichtiger Faktor des Wiederaufbaues sei ohne Zweifel der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand. Der Redner knüpfte daran den Dank an die Regierung für die kürzlich erlassene Verdingungsordnung.

Generalsekretär Herrmann, der selbst Mitglied des Reichswirtschaftsrats ist, sagte einleitend, das deutsche Handwerk habe bewiesen, daß es lebens- und leistungsfähig sei. Die großen Fragen dürften nicht nur innerhalb der deutschen Volkswirtschaft, sondern im Rahmen der Weltwirtschaft beurteilt werden. Unser Volk habe schwer im Kriege gelitten, noch mehr aber leide es unter den Folgen des Versailler Diktats, das sich wirtschaftlich als Unsinn erweise. In dem Augenblick, da die abgetrennten oberschlesische Gebiete Abschied vom Mutterlande nehmen, drängt sich ungestüm der Gedanke auf, daß die gegenwärtige Ordnung der Dinge sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten läßt. Baden bekam schon den Verlust Oberschlesiens in der Kohlenversorgung zu spüren.

Wir haben den Krieg verloren, die Sieger sind aber mehr und mehr dabei, den Frieden zu verlieren. Die ungeheure Arbeitslosigkeit in den feindlichen und neutralen Staaten zeigt, wie sich das Blatt gewendet hat. Sir Robert Horne hat es offen ausgesprochen, daß England, das heute 2 Millionen Arbeitslose zählt, mehr an Unterstützung zahlen muß, als es jemals an Kriegsentschädigung einbringen kann. Die ungesunde deutsche Scheinkonjunktur habe bei uns größere Arbeitslosigkeit hintangehalten. Aber die Krise könne noch kommen.

Der Redner streifte als Folge von Versailles die Geldentwertung, den unaufhörlichen Lauf der Papiergeldmaschine und die Londoner Forderungen. Hinter den Kulissen von Genua habe sich zwischen Frankreich und England ein Zweikampf abgespielt, der darauf hindeutet, daß sich bezüglich weltwirtschaftlicher Fragen eine Aenderung der Gesinnung vollzogen hat. Wir begrüßen dies im Interesse des friedlosen Europa. Die Lasten des Versailler Vertrages müssen von uns genommen werden. Der Vertrag schädigt in erheblichem Maße auch die andern. Der Warenkauf von heute sei, ohne daß man es wollte, Sache der Spekulation geworden. Eine Kalkulation stellt sich als unmöglich heraus. Von einem Weltmarktpreis vermag der Redner nicht zu sprechen; wir haben heute einen englischen, einen amerikanischen Markt.

Der Referent teilte mit, daß er dieser Tage eine Unterredung mit dem Reichskanzler und dem Außenminister hatte. Der Kanzler habe ihm herzliche Grüße an seine Landsleute aufgetragen, deren er sich hiermit entledige. (Beifall.) Die deutsche Delegation sei nicht mit allzu großen Hoffnungen nach Genua gegangen, da ja das Reparationsproblem unberührt bleiben sollte.

Immerhin sei in den Kommissionen wertvolle theoretische Arbeit geleistet worden; namentlich wurden in der Finanzkommission gute Grundlagen für die Handelsverträge geschaffen. Als großen Erfolg können die Ergebnisse hinsichtlich der Frage der Meistbegünstigung gebucht werden. Hoffentlich leistet die Konferenz der Notenbanken ersprießliche Arbeit. Deutschland ist heute nicht mehr ein Objekt der Weltpolitik. Wir konnten erstmals aktiv in die große Politik eingreifen. Leider müsse konstatiert werden, daß bei uns der Parteihader eine einheitliche Front in außenpolitischen Dingen nicht aufkommen läßt.

Der Redner fuhr fort, es sei ein Wahnsinn zu glauben, daß aus dem deutschen Volke herausgepreßt werden kann, was ein 5jähriger Krieg in Deutschland zerstört hat. Der Reichskanzler und Außenminister hatten in Genua reichlich Gelegenheit, mit führenden Finanzpolitikern ihre Meinung auszutauschen und persönliche Beziehungen anzuknüpfen. Sie haben bei den ausländischen Staatsmännern an Vertrauen gewonnen. In Genua wurde der Grund gelegt zu einer vernünftigen Behandlung der Reparationsfrage. Auch ist es gelungen, zu verhüten, daß der 31. Mai zu einem neuen Verhängnis wird. Die Besetzung des Ruhrgebietes ist zu einer weltpolitischen Frage geworden. England muß dabei für seine Kohle fürchten. Es wird alles daran setzen, damit Frankreich zur militärischen Hegemonie nicht noch die wirtschaftliche auf dem Kontinent an sich reißt.

Der Redner sieht in dem Rapallovertrag einen mustergültigen Friedensvertrag. Er hofft auf eine Verständigung in der Anleihe- und Reparationsfrage. Zuvorderst harre das Problem der Weltverschuldung der Lösung.

Zu den finanziellen Schwierigkeiten im Innern übergehend, erwartet der Referent Wohlwollen gegenüber dem Handwerk bei der Zwangsanleihe. In der Verwaltung sei die größte Sparsamkeit zu fordern; das Beamtenheer dürfe nicht ins Uferlose wachsen. Andererseits müsse sich das Handwerk in seinen Wünschen nach Staatshilfe Beschränkung auferlegen. Jeder Stand und Beruf müsse sich selbst auf die Beine stellen. Das deutsche Volk braucht, um aus dem Elend herauszukommen, intensive Arbeit. Die schematische Anwendung des Achtstundentages hat in Deutschland geradezu verheerend gewirkt. Wenn das Handwerk hier eine Umkehr verlangt, so darf es darob nicht als reaktionär gelten. An den Rechten der Arbeiter soll nicht gerührt werden. Abzulehnen seien alle Sozialisierungsbestrebungen im Handwerk. Die Sozialpolitik soll in vernünftiger Weise weiter ausgebaut werden; vom Uebel sei aber, wenn man allzu viele Gesetze macht, durch die sich niemand mehr durchfinden kann. Unverantwortlich sei es, wenn im Reichstage ein Antrag gestellt wird, den Lehrlingen eine 6stündige Arbeitszeit zuzubilligen. Die Lehrlingsfrage ist eine der brennendsten im Handwerkerstande. Die Autorität des Meisters muß unter allen Umständen gewahrt werden.

Der Redner berührte dann allgemein innerpolitische Fragen. Er legt größtes Gewicht auf die Tatsache, daß uns wenigstens das kostbare Gut der Reichseinheit erhalten blieb. Die weiteren Darlegungen betrafen die schwierige wirtschaftliche Lage des Handwerks. Die freie Wirtschaft sei ein Nonsens. Durch die Pflichtorganisation soll das Handwerk in die Lage kommen, als geschlossenes Ganze seine Angelegenheiten zu ordnen. Obenan steht der Gedanke der Selbstverwaltung. Das Reichswirtschaftsministerium und mit ihm die übergroße Zahl der deutschen Länder haben sich auf den Boden dieses Entwurfes gestellt. Möge auch Baden seine Bedenken fallen lassen.

Zum Schluß behandelte der Redner die Zukunftsmöglichkeit für das deutsche Handwerk. Das westliche Problem des Wiederaufbaues ist wichtig auch im Interesse der Völkerversöhnung. Auch das süddeutsche Handwerk wird in Nordfrankreich tätig sein können. Das Schwergewicht des wirtschaftlichen Wiederaufbaues liegt aber im Osten. Es werden Jahrzehnte vergehen, bis in Rußland und auf dem Balkan die primitivsten Bedürfnisse befriedigt sind. Die Vertretung des deutschen Handwerks hat mit Rußland Verhandlungen angebahnt über seine Beteiligung an dieser gewaltigsten Wiederaufbauarbeit. Es wäre verkehrt, wollten wir nicht beizeiten die notwendigen organisatorischen Maßregeln treffen. Das deutsche Handwerk muß als Ziel ins Auge fassen, sich Absatzgebiete draußen in der Welt zu sichern. Hier bietet sich die Möglichkeit durch Lieferung von Qualitätsarbeit, dem Deutschtum einen guten Ruf zu sichern. Es handelt sich also nicht nur um eine wirtschaftliche, sondern um eine Kulturaufgabe des deutschen Handwerkes. Eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Großhandel hält der Redner nur auf dem Fuße der Gleichberechtigung für möglich, und dazu müsse das Handwerk auch finanziell gerüstet sein. Es müsse auf die Messen des In- und Auslandes gehen. Aus dem Gesagten ließen sich Schlüsse daraus ziehen, wie eng die Interessen des Handwerks mit dem wirtschaftlichen Getriebe verbunden sind. Die vielfach noch bestehende Hörigkeit von Handel und Industrie müsse ein Ende finden. Darum wollen wir eine starke Organisation.

Ein Land, das keinen Mittelstand hat, wie Rußland, muß zusammenbrechen. Daraus erhellt, was der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand für den Wiederaufbau bedeutet. Nichts kann uns erschüttern in dem Glauben an Deutschlands Sendung in der Weltwirtschaft. Der 2½stündigen Rede folgte stürmischer Beifall. Nachdem der Vorsitzende Isenmann dem Referenten noch besonders gedankt und den Wunsch ausgesprochen hatte, daß seine Worte auf guten Boden bei Regierung und Berufsgenossen fallen möchten, ging die Versammlung ohne Diskussion auseinander.

Pfannkuch & Co

Eingetroffen!
Malz-Kaffee
Pfund Mark 10.50
Pfannkuch & Co

Städt. Freibank
Fleischabgabe
Samstag von 9–11 Uhr Nr. 1601–1900.
Dienstag von 9–11 Uhr Nr. 1901–2100

Bekanntmachung.
Die Inhaber der im Monat Oktober 1921 unter Nr. 31284 bis mit Nr. 34899 ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 9. Juni 1922 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.
Karlsruhe, d. 31. Mai 1922.
Städt. Pfandleihkasse.

Gebäudevermietung.
Die ehemaligen Proviantamtsscheunen an der Moltkestraße-Erweiterstr. sollen ganz oder geteilt vermietet werden.
Der der Vermietung zugrunde liegende Mietvertrag liegt im Geschäftszimmer des Finanzamts Karlsruhe-Stadt, Dragonerkaserne, mittleres Mannschaftshaus, Zimmer 65, zur Einsicht auf. Angebote sind bis zum 12. Juni d. J., vormittags 10 Uhr, verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, genanntem Amt einzureichen.

Zu vermieten
Gut möbl. Balkonzimmer zu vermieten. Werderplatz 34, II.
Möbliertes Zimmer sofort zu vermieten: Werderstraße 8 I.

Mietgesuche
Werkstätte in der Weststadt ges. Angeb. unter Nr. 605 ins Tagblattb.

Zimmer
Junger, durchaus sol. Student sucht möbliert. Zimmer. Angeb. unter Nr. 606 ins Tagblattbüro erbeten.

Offene Stellen
Suche für sofort oder 15. Juni 1 besseres brav. Allein-mädchen oder einfache Stütze. Schubertstraße 11.

Zuverlässige
Hochbautechniker
per sofort gesucht.
Architekt (B. D. A.) Carl Schuler
Ludwigshafen a. Rhein, Marktplatz 3.

Fleißiges Mädchen
kann sofort eintreten. Guter Lohn. Amalienstraße 87.

Mädchen
gesucht nach Durlach bei gutem Lohn auf Anfang Juni. Näheres Helmholtzstraße 2 II.

Ehrliches, fleißiges Mädchen
für alle Hausarbeiten auf sofort gesucht. Amalienstraße 28, part.

Ehrliches, fleißiges Mädchen
zu kleiner Familie sofort oder 15. Juni gesucht: Wendtstraße 9, 2. Stock.

Fleißige, ehrliche Stundenfrau
od. schulentlassenes Mädchen für Hausarbeit gesucht. Markgrafenstraße 50, zweiter Stock.

Tüchtige, ehrliche Putzfrau
täglich abends von 6 bis 8 Uhr zum Büro reinigen sofort gesucht. Seiderer, Kriegstraße 82.

Männlich

Lehrling oder Anfänger(in)
wird per sofort auf hiesiges Büro gesucht. Gute Handschrift Bedingung, Maschinenschreiben erwünscht. Angebote unter Nr. 607 ins Tagblattbüro

Lehrling.
Junger Mann, der Lust hat, die Photographie gründl. zu erlernen, kann sofort eintreten.
Rausch & Pfister
photogr. Atelier Erbprinzenstraße 3.

Ein der Schule entlassener tagesjunger Bursche über für leichte Hausarb. ges. Rest. zum Helfeneck Kriegstraße 117.

Empfehlungen
Damengarderobe Kinderkleider Knabenanzüge
fertigt an Frau Dürr Karlstraße 50, 5. Stock.

Bucherer
empfiehlt
Teigwaren
in groß. Auswahl
Maccaroni
Pfund Mk. 19.–
Gemüse- und Suppen-Nudeln
Pfund Mk. 16.50
Eier-, Gemüse- u. Suppen-Nudeln I
Pfund Mk. 19.–
Eier-Gemüse-Nudeln II
Pfund Mk. 18.–
Eier-Hörnle
Pfund Mk. 20.–
Bucherer
in sämtlichen Filialen.

Preiswerte Angebote!
Geschäfts- und Wohnhäuser, Wirtschaften Villen und Landhäuser in großer Auswahl.
Wurm & Co., Karlstraße 6.

Im Abbruch der verlängerten Gerwigstraße neben Holzhandlung Kempermann, Karlsruhe, sind folgende Gegenstände zu verkaufen:
1 Schlagbrunnen, 1 Transmission 5 Meter lang, 50 mm Wellenstärke mit 2 Riemenscheiben und 4 Lagerböcke. Zirka 40 Korbflaschen, eine Partie leere Kisten, zirka 100 lfm. Einfriedigungsmaterial. Ein rundes Reservoir, 4 schöne Werkstattfenster, verschiedene Türen mit Beschläg, Stachelraht und Eisenständer, mehrere Rollen Dachpappe, eine Partie Gerüstholz, sowie verschiedene Baumaterialien. Näheres auf der Abbruchstelle oder
Gebr. Griesinger, Eggenstein
Telephon 5635 Amt Karlsruhe.

Verkäufe

Herrenzimmer
Schrank, Schreibtisch, Sessel preisw. zu verk. Adr. zu erfr. i. Tagblatt.

Plüschgarn, Salonschrank, Tisch, Bettst., Matratze etc. zu verk. Augustastraße 20, 2. St.

Diwan-Chaiselongue
neu, einige gebr. Betten, 1tür. Schrank, 2 Waschtischchen billig bei Hofmann, Gartenstr. 10.

Großer Eisschrank zu verkaufen: Belfortstraße 13 (Wirtschaft).

1/1 Geige mit Kasten zu verkaufen. Vorholzstr. 42, I.

Zu verkaufen:
2 gebrauchte starke Kochherde, 1 gut konstr. Eisschrank, 1 schöner schmiedeeiserner Blumentisch, 3 große holz. Geschirrbretter, 1 Fenstertritt mit 2 Schubladen, 1 Petroleumofen, verschied. Gaslüster und Glasglocken dazu. Zu erfr.: Erbprinzenstr. 9, Büro.

1 Badeeinrichtung für Kohlenfeuerung zu verk. Bürgerstr. 21, im Hof.

3fl. el. Messing-Krone, 2fl. Gaskocher, schwarze Schaftst., Gr. 42, tulasilb. D.-Armbanduhr. Zu bes. vorm. von 10–2. Händler verbet. Wendtstr. 7, IV.

Für leichte Motorräder 4 neue Bulldecken 26×2, extr. stark. Gummiglsch. à 500 Mark. Moltkestraße 28, IV

Kinderliegwagen, Brennaborblau gut erh. z. verk. Beinbrennerstr. 16, II.

Eleg., weißes Brautkleid (Crêpe de Chine), noch ganz neu, preiswert zu verkaufen. Dinger, Kronenstraße 13, 4. Stock.

Zu verk.: 1 Samtkleid blaugr. (Fig. 46) 1 Spiegel 145/60 f. Möbelschreiner geeign. Näh. Rudolfst. 7, III r.

Eine neue Herrensamtjacke f. mittelst. Fig. für 900 ℳ abzugeb.: Rüppurrerstr. 98, 1. St., vormitt.

2 guterh. Knabenwaschanzüge 8-10 J., 1 Handwagen zu verkaufen. Rheinstraße 45, 2. St. r.

Schöner zweijähriger Wolfshund
sehr wachsam und treu, ist zu verkaufen. Eisenlohrstraße 45, 3 Stock. Anzusehen von 2 Uhr an

Kaufgesuche

Haus mit Laden
oder Wirtschaft mit geräumig. guten Kellern von Besitzer hier zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 603 ins Tagblattbüro erbet.

Waffen
aller Art kauft A. Böttcher, Adlerstr. 40.

Haustauf-Gesuch
Kleineres Haus mit Werkstätte oder Platz zum Erstellen einer solchen in Mitte der Stadt gegen bar zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 600 ins Tagblattbüro erbeten.

Alte Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände zu gewerblichen Zwecken kauft zu höchsten Tagespreisen
Hermann Gengenbach
Goldschmied und Juweler
Kaiserstraße 243.

Gebrauchte Uhren
aller Art sowie Regulateure, wenn auch reparaturbedürftig, kaufe fortwährend, auch
Zahngebisse
und zahle von 30 ℳ an und mehr pro Zahn.
J. Gelman, Uhrmacher, Zähringerstr. 36.

Wohnhaus,
Geschäftshaus oder Villa in guter Lage, sowie Wohnhaus mit ca 250 qm Lagerraum, sofort von Privat zu kaufen gesucht. Agenten zwecklos. Angebote unt. Nr. 561 ins Tagblattbüro erbet.

Gebr. Möbel
jeder Art sowie ganze Haushaltungen werden zu reellen Preisen an- u. verkauft. Möbelgeschäft Karl Weidemann, Kapellenstraße 52.

Bester Zahler
für getrag. Kleider, Schuhe Weißzeug, Altelsen, Metall, Lumpen, Papier, Pfandscheine, Keller- u. Speicherkram, Sekt- und Weinflaschen.
J. Brief, Fasanenstraße 35.

Flaschen.
Alle Sorten Wein-, Cognac-, Sekt-, Arznei-, Tintenflaschen usw. kauft zu höchsten Preisen und holt ab Flaschenverwertungs-Gesellschaft m. b. H., Tel. 1951. Durl. Allee 25.

Unterricht

Student erteilt Unterricht in Englisch u. Französisch für junge Kaufleute; auch Nachhilfe für Schüler in allen Realfächern. Angeb. u. Nr. 578 ins Tagblattb.

Flaschen
Wein-, Bordeaux- und Sektflaschen kauft fortwährend zu höchsten Preisen.
Chr. Baier, Flaschengroßhandlung, Karlsruhe i. B., Werderstr. 72–74 Tel. 3554.

Gebrüder Scharff
Frisch eingetroffen:
Fettreichen Limburger u. Tilsiter
Käse
Pfund 40.–
Gemüsenudeln
Pfund 18.–
Eiernudeln
Pfund 19.–
Salat-Oel
Ltr. 68.– und 70.–
Speiseessig
Liter 2.–
Mischobst
Pfd. 14.– u. 16.–
Marmelade
Pfund 10.–, 12.–, 14.–, 16.–

Zurück.
Dr. Walter Scholz
Facharzt für Lungenkrankheiten
Tel. 833. Westendstraße 54.

Liköre
Sinner
Backpulver
SINNER A.-G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Zuverlässig! Uebersichtlich!
Handlich!
ist der
Taschenfahrplan
für Karlsruhe u. die weitere Umgebung.
Ausgabe Juni 1922.
Außer den in Betracht kommenden badischen Fahrplänen sind auch die meist benutzten württembergischen Strecken sowie die Anschlüsse nach Würzburg, München, Berlin, Frankfurt, Hamburg, Bremen und nach der Pfalz aufgenommen. Ferner ist dem Fahrplan ein genaues Ortsverzeichnis und eine Tabelle mit den z. Zt. gültigen Fahrpreisen (auch für Sonntagsfahrkarten) beigegeben.
Soeben erschienen!
Preis in solidem Umschlag, mit ausgeschnittenem Streckenregister, geheftet nur Mark 5.—.
Zu beziehen durch die Zeitungsträger und -Verkäufer des Karlsruher Tagblattes, die Buchhandlungen, die übrigen Fahrplanverkaufsstellen und den Verlag, Ritterstr. 1

Pfannkuch & Co
Teigwaren
Gemüse-Nudeln
Pfund Mk. 14.–
Eiernudeln
Pfund Mk. 18.–
½ Pfund-Paket Mk. 10.–
Maccaroni offen
Pfund Mk. 20.–
in Paketen
Pfund Mk. 22.–
½ Pfd. Mk. 11.–
Suppeneinlagen
Pfund Mk. 15.–
Als Beilage:
Mischobst und Zwetschgen
Pfannkuch & Co

Wald Heil
Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung von Karlsruhe und in den Schwarzwald
Neue Folge
Von E. Weiner
Taschenformat. In farbigem Umschlag. Mit vier zweifarbigen Uebersichtskarten.
Preis Mark 5.– ohne Karten Mk. 4.–
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verlag
C. F. Müllerische Hofbuchhandlung, Karlsruhe Ritterstraße 1

Badische Politik

Die badischen Staatsbetriebe.

Der Staatsvoranschlag wurde am Dienstag mittag im Haushaltsausschuß zu Ende beraten. Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates und die Beteiligungen an Privatunternehmungen zeigen nach einer Darlegung des Finanzministers für das Wirtschaftsjahr 1921 folgendes Bild:

1. Staatswaldungen: Ausgaben 53,5 Mill., Einnahmen (einschl. Murgschifferschaft) 204,6 Mill.; Reineinnahmen 151,1 Mill.

2. Landwirtschaftliche Verwaltung: Einnahmen 13,1 Mill., Ausgaben 2,5 Mill.; Ueberschuß 10,6 Mill. Die Staatskellerei Meersburg weist einen bilanzmäßigen Reinertrag von 914 500 M auf. Der Naturalertrag war 1921 585 hl. von einer Rebfläche von 31,3 Hektar. Die Staatsbrauerei Rothaus hat einen Reinertrag von 657 000 M erzielt. Die Entwicklung der Salinen war befriedigend. Die Münzverwaltung brachte einen Reingewinn von 679 800 M.

Auch die Staatsbeteiligung an den verschiedenen privaten Unternehmungen (Rheinschiffahrt A.-G., vorm. Fendel in Mannheim, badische A.-G. für Rheinschiffahrt und Seetransport, Badische Bank, Majolika Manufaktur, Kalibergbau und Badenwerk) schließen mit einem für das Land Baden günstigen Ergebnis ab.

Neue Gesetzentwürfe

sind dem Badischen Landtag zugegangen über die Aenderung des badischen Ausführungsgesetzes zum Reichswohnungsabgabegesetz vom 6. Oktober 1921, über die Versicherung der Rindviehbestände, über die Abänderung des Landeskirchensteuergesetzes und des Ortskirchensteuergesetzes sowie über Aenderungen im Grundbuch- und Notariatswesen.

Die staatliche Ortspolizei.

Die letzten Forderungen der Entente haben in Baden zu einer Umstellung der staatlichen Ortspolizei geführt. Gruppenpolizei nach Bezeichnung und Art der bisherigen Zusammensetzung besteht nicht mehr. Die Hundertschaften werden in einem Teil ihrer Dienstaufgaben ersetzt durch die nach Zusammensetzung und Stärke erheblich eingeschränkten Bereitschaften. Die Bereitschaften dienen dazu, der Polizei im Einzeldienst im Bedarfsfalle schnell den erforderlichen Rückhalt geben zu können. Die Angehörigen der Bereitschaften nehmen auch am Polizei-Einzeldienst teil.

Die Gliederung der staatlichen Ortspolizei stellt sich nunmehr folgendermaßen dar:

a) Ordnungspolizei und zwar: 1. Polizei im Einzeldienst, 2. Bereitschaften für den Einzeldienst; b Verwaltungpolizei (Büro- und Spezialdienst); c) Fahndungspolizei; d) Kriminalpolizei.

Aus Baden

Zugverkehr mit Baden-Baden.

Aus Baden-Baden wird uns geschrieben:

Zum ersten Male seit Kriegsausbruch werden vom 1. Juni d. J. an wieder direkte Wagen nach und von Baden-Baden verkehren, was von den vielen Besuchern des Weltbades im Schwarzwald sicherlich freudig begrüßt werden wird. Aus Berlin kommen direkte Wagen 1., 2. und 3. Klasse über Frankfurt, Mannheim nach Baden-Baden mit dem D-Zug 86 ab Anhalter Bahnhof 7.35 früh, an Baden-Baden 8.59 abends. Zu gleicher Zeit erreichen auch die von Amsterdam um 8.22 früh abfahrenden direkten Wagen 1. und 2. Klasse über Köln H. B. Wiesbaden, Mannheim, Baden-Baden. Weitere direkte Wagen aller 3 Klassen werden von und nach München geführt. Ab München 12 Uhr mittags (D-Zug 4) an Baden-Baden über Stuttgart 7.36 abends und in der Gegenrichtung ab Baden-Baden 8.23 früh, an München (D-Zug 59) 4.55 nachmittags. Ein direkter Wagen mit allen drei Klassen wird Baden-Baden morgens 9.13 verlassen und mit D-Zug 175 über Heidelberg, Gießen, Hagen, Essen um 10.02 abends in München-Gladbach eintreffen. Während der Monate Juli und August verkehrt ferner noch ein direkter Wagen aller 2 Klassen Baden-Baden—Frankfurt und umgekehrt über Heidelberg. Ab Baden-Baden 1.23 mittags, ab Frankfurt 12.12 mittags.

*

— **Forchheim**, 31. Mai. Die landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Forchheim hielt kürzlich ihre Generalversammlung ab. Nach Eröffnung durch Vorstand Kern wurden die Geschäftsanteile auf 200 Mk. erhöht. Die eingehenden Erläuterungen des Bürgermeisters Heinrich Nagel, der die Sitzung leitete, erleichterten die Verhandlungen wesentlich. Vom Verband bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe war Verbandsbeamter Haunz zugegen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles nahm letzterer noch Gelegenheit, einige Steuerbelehrungen, besonders über Grund- und Gewerbesteuer zu erteilen. Die Aussprache war sehr rege.

t. **Neckargerach**, 31. Mai. Der 11jährige Sohn des Eisenbahnbetriebsassistenten Hofmann stürzte von einem Kastanienbaum, von dem er Maikäfer schütteln wollte, ab, und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er starb.

t. **Freiburg**, 31. Mai. Auf dem Hinterwaldkopf, angesichts des Feldberges, haben die Freiburger Turner den Grundstein zu einem Denkmal gelegt, das dem Gedächtnis der Toten gewidmet ist. Inmitten eines riesigen Steinwalles erhebt sich das Denkmal, das nach Fertigstellung der Gedenktafel in der zweiten Julihälfte eingeweiht werden wird. Mehr als 400 Turner aus Freiburg, Neustadt, Gundelfingen usw. wohnten dem feierlichen Akte bei.

t. **Konstanz**, 31. Mai. Das andauernde Föhnwetter hat in den letzten Tagen mit dem Schnee in den Bergen tüchtig aufgeräumt, und der Bodensee wächst täglich um 4—7 Zentimeter, so daß Hochwasser in Aussicht steht. Der Säntis, der vor 8 Tagen noch eine Schneehöhe von 245 Zentimeter meldete, hat jetzt nicht mehr als 180 Zentimeter. Auch in Vorarlberg besteht vielfach Hochwassergefahr.

t. **Konstanz**, 31. Mai. In der benachbarten Schweizergemeinde Kreuzlingen stürzte der Schuhmacher Andreas Weiß-Fuchs von seinem Fahrrad ab, und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Aus dem Stadtkreise

Juni.

Nach dem langen Winter hat der Mai den Frühling gewissermaßen in einem Schnellkursus absolviert und mit beschleunigter Geschwindigkeit nachgeholt, was seine Vorgänger versäumt hatten. Wie in so manchem Jahr klagen wir wieder, daß uns der Genuß versagt blieb, in langsam wachsender Beglückung das allmähliche Werden, das stetige, gradweise fortschreitende Sicherfüllen der Natur mit Licht, Farbe und Duft zu erleben. Aber noch bleibt dem Jahr reiche Möglichkeit, wenn es auf der einen Seite versagt hat, auf der andern doppelt zu spenden. Erstiegen wir die Höhe zu rasch, so kann uns vergönnt sein, umso köstlicher oben zu genießen. Noch liegt im Juni eine Zeit vor uns, die uns aufwärts führt, ehe das langsame Abgleiten beginnt. Noch ist es ein Monat der Blüte, der uns erwartet, und Tage und Nächte sind von Duft erfüllt, wie niemals sonst im Jahr. Sieghaft erfüllt der Lindenduft selbst in den großen Städten die stilleren Straßen. In den Gärten aber entflammt sich die Glut der Rosen, und Beerenobst und Kirschen reifen.

Seltsam zu sehen: diese harte Zeit, da das Materielle so übermächtig geworden ist und Sinn und Tun beherrschend zu sich zwingt, richtet unsere Blicke doch auch manchmal wieder auf die Natur zurück, die viele von uns vergessen hatten. Unter so vielen Abhängigkeiten wird sich der Mensch auch seines Abhängigseins von der Natur neu bewußt. Heiznot, Ernährungsnot, Kleidernot und wie unsere Nöte alle heißen: in ihrem Bann beginnt auch der Städter, wie es der Landmann von je getan, danach zu fragen, ob ihm der Himmel Sonnenschein oder Regen, Kälte oder Wärme zugedacht hat. Wenn die Zeit der Ferien und des Urlaubs naht, hat sich ja schon früher mancher um das Wetter gekümmert, der sonst im Alltag kaum einen Blick zum Himmel oder zum Fenster hinaus zu tun pflegte. Jetzt ist die sommerliche Erholungszeit, zumal wenn es uns vergönnt ist, sie irgend wo draußen in der Natur zu verleben, eine so heißersehnte, schwererkämpfte Notwendigkeit für den von der Last des Berufs Beschwerten, daß die Frage nach der Wettergunst zu einer leidenschaftlich gestellten Frage an das Schicksal wird. Dazu kommt, gewichtiger noch, die Sorge um die Ernte, die Furcht vor dem Winter.

Der Juni nun, der Monat der Sonnenwende, an der man rückwärts und vorwärts schaut, ist besonders reich an solchen für die kommende Wettergestaltung bedeutungsvollen Terminen. 2 Tage bedrohen uns nur mit einer üblen Vorbedeutung für sechs oder sieben Wochen, was freilich schon bedenklich genug ist; denn wenn ein trübseliger St. Medardus am 8. Juni für sechs Wochen das Wetter verdorben hat, oder wenn das Orakel eines regnerischen 27., des Siebenschläfertags, sich sieben Wochen lang bewahrheitet, so muß die gute Jahreszeit sich eilen, wenn sie das wieder einbringen soll. Noch gefährlicher ist der bedeutungsvollste Tag des Monats, der Johannistag, denn die vier Tage vor und nach ihm, der dem Bauernkalender als Sonnenwendtag gilt, sollen das Wetter bis Mitchaelis bestimmen. Also nicht allein für die Wochen der Sommerferien, sondern auch für die ganze Erntezeit werden die Lose im Juni geworfen. „Ein dürrer Brachmonat bringt ein unfruchtbares Jahr: so er allzu naß, leeret er Scheuern und Faß; hat er aber zuweilen Regen, dann gibt er reichen Segen", und der Tag des heiligen Barnabas am 11. kann besonders dem Wein schaden: „Regnets auf St. Barnabas, schwimmen die Trauben bis ins Faß". Aber ausdrücklich wird betont, daß die Gewalt des mächtigen Monats bis an die Wende des Jahres reicht: „So naß oder trocken der Juni ist, so wird auch der Dezember sein, so heiß der eine, so kalt der andere" Im allgemeinen steht es also wie mit vielen andern Dingen auch mit dem Juniwetter so, daß es uns am zuträglichsten ist, wenn es die goldene Mitte einhält, mögen auch die Egoisten der Sommerreise jeder aufziehenden Regenwolke fluchen und jene, die des Winters Kälte schon heute zitternd im Gebein spüren, einen nassen und kühlen Juni wünschen. Gut, daß sie beide nicht darüber zu bestimmen haben.

Frühjahrsübung der Freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe-Mühlburg.

Am Samstag abend hielt die Freiw. Feuerwehr Mühlburg unter der Leitung des Kommandanten Pfeifer an den Gebäulichkeiten von Kathreiners-Malzkaffee-Fabrik am Rheinhafen ihre Frühjahrsübung ab. Es wurde angenommen, daß im Mittelbau der Fabrik durch Blitzschlag Feuer ausgebrochen sei. Ferner, daß durch einsetzenden Nordwestwind sich dem Silo Flugfeuer mitteilen würde und hier, wo Werte von 200 Millionen Mark lagern, große Gefahr sei. Die Hafenwehr schützt zunächst den Speicher und ruft sofort die Feuerwache, die mit 3 automobilen Fahrzeugen erschien und eingriff, trotzdem war noch weitere Hilfe erforderlich, und es wurde die Feuerwehr Mühlburg alarmiert. Die Mannschaften rückten mit Dampf- und Handspritze, Maschinen- und Anstelleitern an und in gemeinsamer Arbeit wurde dem angenommenen Feuer zu Leibe gegangen.

Nach der Uebung fand in der Westendhalle ein Bankett statt. Kommandant Pfeifer begrüßte die Gäste und Korpsmitglieder und gab einen Rückblick über die Uebung, dankte der Firma Kathreiner für die Ueberlassung des Objektes, ferner Ehrenmitglied Kommerzienrat Sinner, der dem Korps wieder einen Freitrunk, dem nachträglich noch eine Teuerungszulage angegliedert wurde, gespendet hat. Baurat Seitz von der Städt. Brandinspektion hob die Großzügigkeit und das ruhige Arbeiten bei der Uebung hervor. Direktor Silber von der Firma Kathreiner gab seiner Freude Ausdruck, daß die Uebung an dem Etablissement abgehalten wurde. Direktor Hilmer (Sinner) hob den Eifer der Wehr hervor, die ihre Aufgabe darin erblickt, die Millionenwerte der Industrie bei Feuersgefahr zu schützen. Sein Hoch galt dem Kommandanten Pfeifer. Bei Musikvorträgen der Feuerwehrkapelle nahm der Abend einen befriedigenden Verlauf; auch Veteran Ruf, der am gleichen Tage seinen 77. Geburtstag begehen konnte, erfreute die Anwesenden wieder mit einigen Klarinettdarbietungen. Der Uebung selbst wohnten mit großem Interesse an: Stadtrat Reiff, Baurat Seitz, Oberkommandant Heußer, Straßenbahndir. Schmidtmann, die Direktoren Silber und Köhler von der Firma Kathreiner, Direktor Hilmer von der Firma Sinner sowie Vertreter verschiedener am Rheinhafen ansässiger Firmen und Vertreter benachbarter Feuerwehren. —n—

*

Der neue Tarif für die Straßenbahn ist im heutigen Anzeigenteil des „Karlsruher Tagblattes" veröffentlicht.

Persönliches Erscheinen vor dem Finanzamt. Der Reichsfinanzhof hat vor einigen Tagen eine Entscheidung gefällt, die für weiteste Kreise von höchster Bedeutung ist. Ein Steuerpflichtiger hatte gebeten, ihn von dem persönlichen Erscheinen vor dem Finanzamt zu entbinden, da er aus seinem Betriebe schlecht herauskönne und keinen Vertreter habe. Er fügte über sein Grundvermögen und über seine Schulden zwei notarielle Urkunden bei und erklärte seine Bereitwilligkeit, auf Erfordern des Finanzamtes weitere Beweisstücke einzusenden. Das Finanzamt bestrafte ihn wegen Nichterscheinens zum Termin mit 300 M und drohte im Wiederholungsfalle eine Strafe von 500 M an. Der Steuerpflichtige wandte sich an das Landesfinanzamt, das die Strafe aber bestätigte. Jetzt hat der Reichsfinanzhof die Strafe aufgehoben und es ausdrücklich für zulässig erklärt, daß ein Steuerpflichtiger vor dem Finanzamt nicht zu erscheinen braucht, wenn er durch triftige Gründe daran gehindert ist. In diesem Falle hätte der Steuerzahler seine Wirtschaft ohne Aufsicht, sein Vieh ungefüttert und seine Frau ohne Pflege lassen müssen. Es mag allerdings, so sagt der Reichsfinanzhof, für das Reichsfinanzamt bequemer sein, den Steuerpflichtigen eine oder mehrere Reisen machen zu lassen, als schriftlich bestimmte und genaue Fragen zu formulieren. Aber das Finanzamt hätte mindestens versuchen müssen, Fälle wie diesen schriftlich zu erledigen. Aus dieser Entscheidung der höchsten Behörde werden die Steuerpflichtigen, die es angeht, ihre Schlüsse zu ziehen haben.

Günstige Transportgelegenheit. Die außerordentlich hohen Anforderungen von Eisenbahnwagen, die über die Friedensanforderungen erheblich hinausgingen, haben es der Eisenbahnverwaltung leider unmöglich gemacht, während des Herbstes und Winters den Verkehr pünktlich zu bedienen. Diese Schwierigkeiten sind zurzeit überwunden. Eine große Anzahl Eisenbahnwagen aller Gattungen ist jetzt unbenutzt, und es ist zu erwarten, daß die günstigen Betriebs- und Wagenverhältnisse während der Sommermonate anhalten werden. Darum richtet die Eisenbahnverwaltung an alle Verkehrtreibenden das dringende Ersuchen, die günstige Gelegenheit zum Abtransport von Gütern aller Art nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, sondern sie weitestgehend auszunutzen und auch soweit wie irgend möglich Güter auf Vorrat zu beziehen. Dies gilt besonders von Massengütern, wie Kohle, Baumaterialien und Düngemitteln aller Art. Damit würde nicht nur die rechtzeitige Versorgung sichergestellt, sondern zugleich erreicht werden, daß die Abwicklung des Herbstverkehrs, der immer nur unter großen Schwierigkeiten bewältigt werden kann, zum Nutzen der Eisenbahnverwaltung und der Verkehrtreibenden erleichtert wird.

Die Karlsruher Genossenschaftskasse (Douglasstraße 26) hielt ihre erste Generalversammlung für das Jahr 1921 (Gründungsjahr) in der Wirtschaft zur „Goldenen Krone" ab. Die Versammlung war stark besucht. Der erste Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Sommer, begrüßte die Anwesenden. Hierauf wurde von Vorstandsmitglied Herrn Schaller der Geschäftsbericht bekannt gegeben, wobei den Genossen die angenehme Mitteilung gemacht werden konnte, daß die Mitgliederzahl seit der Gründung bei Schluß des Geschäftsjahres von 41 auf 180 und bis heute auf 241 mit 555 Geschäftsanteilen angewachsen ist. Ein Zeichen, daß das erprobte reelle und auf guter Grundlage aufgebaute Unternehmen einem dringenden Bedürfnis entgegenkommt. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt. In Anbetracht dessen, daß sich die Kasse vorerst nicht mit reinen Bankgeschäften befaßt, sondern bis auf weiteres nur für Mitglieder Kreditgewährung — Darlehen — zur Erledigung bringt, hat die Verwaltung eine Titel- und Satzungsänderung in Vorschlag gebracht, welche die Genehmigung der Generalversammlung fand. Desgleichen wurde ein Antrag angenommen, wonach ein Geschäftsanteil von 200 auf 500 Mk. erhöht wird. Nach lebhafter Aussprache, wobei der Verwaltung der Dank für die gewissenhafte und gewandte Führung der Kasse ausgesprochen wurde, beschloß der Vorsitzende die Versammlung.

Unfall. Aus einer Höhe von 5 Meter stürzte ein Hilfsarbeiter von hier beim Fensterreinigen in einem Anwesen der Waldstraße herab und zog sich eine so erhebliche Fußverletzung zu, daß er im Krankenauto ins Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte.

Brände. In der Nacht zum Mittwoch entstand in einem Arbeitsraum im früheren Traindepot (Gottesauerstr. 6) dadurch Feuer, daß ein elektrisches Bügeleisen nach Arbeitsschluß auf einem Tisch stehen blieb, ohne daß der Anschluß an die Leitung unterbrochen wurde. Der Brand, der nur unerheblichen Schaden verursachte, wurde durch die Feuerwache gelöscht. — Gestern nachmittag um ½2 Uhr entstand im Schloßkaffee, Karl-Friedrichstraße, ein Kellerbrand, der jedoch nach wenigen Minuten von der Feuerwache gelöscht wurde. — Kurze Zeit später geriet ein Schuppen der Chemigraphischen Anstalt in der Hirschstr. 88 in Brand, der von der Feuerwache ebenfalls noch vor dem Eintreffen der zur Unterstützung erbetenen Dampfspritze der 2. Kompagnie nach einstündiger Tätigkeit gelöscht war. Die Größe des Schadens ist noch unbekannt.

Waldbrand. Gestern abend ½8 Uhr wurde die Feuerwache zum dritten Male alarmiert, da in der Linkenheimer Allee, in der Nähe des sogenannten Saubrunnens, ein Brand ausgebrochen war. Nach ¼stündiger Tätigkeit der Feuerwache war das Feuer gelöscht. Es wird Brandstiftung vermutet. Einem in der Nähe weilenden Manne verbrannte der Handwagen samt einem Sack mit Tannenzapfen.

Erwischte Verbrecher. Wie aus Stuttgart berichtet wird, ist es dort gelungen, 3 Einbrecher, die auch in Baden ihre Tätigkeit ausübten, festzunehmen. In ihrem Besitz wurde eine größere Menge Kleiderstoffe im Wert von 70 000 M vorgefunden. Die Stoffe stammen aus Ladendiebstählen in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen, die überaus geschickt ausgeführt, bisher größtenteils nicht entdeckt worden waren. Die Verbrecher sind der 25jährige Techniker Friedrich Merian, der 20jährige Arbeiter Wilhelm Breuer und sein 19jähriger Bruder Adolf Breuer; sie kamen aus Köln nach Süddeutschland.

Veranstaltungen.

Eine Sommernacht im Stadtgarten. Am kommenden Samstag, den 3. Juni d. J., abends von 8—11 Uhr, findet im Stadtgarten „Eine Sommernacht" statt, in der die Kapelle des Musikvereins Karlsruhe, unter der Leitung des Herrn O. Leonhardt jr ein entsprechend zusammengestelltes Musikprogramm aufführen wird. Daneben wird im zweiten Teil des Programms eine Serenade auf dem See unter dem Motto „Die Nachtschwärmer" aufgeführt werden (durch eine Gesangsabteilung des Volkschors „West", abwechselnd mit dem Orchesterkörper und einem Hornquartett). Vorverkauf von Eintrittskarten bei den bekannten Stellen (Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalterkassen). Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 30. Mai: Adolf Vogel von Grötzingen, Maschinist hier, mit Luise Weinstock von Schwalbach; Ludwig Graulich von hier, Verw.-Sekr. hier, mit Elsbeth Strümpel von Berlin; Hermann Stoll von Gengenbach, Ingenieur hier, mit Emma Ball von hier; Robert Faß von Neidenfels, Kaufmann hier, mit Klara Funkler von hier; Eugen Raisch von Stuttgart, Kaufmann hier, mit Elsa Klein von Frankfurt.

Geburten. 24. Mai: Helmut Emil, Vater Jakob Kolb, Lok.-Oberheizer; Gisela Margaretha, Vater Aug. Lauter, Rangierer; Alice Frida, Vater Alois Link, Kaufmann. — 25. Mai: Anton Raimund, Vater Karl Klumpp, Bäckermeister; Else Berta, Vater Jak. Streckfuß, Fabrikarbeiter; Ruth Maria, Vater Gust. Heger, Schreibgehilfe. — 26. Mai: Alfons Friedrich Gervas, Vater Josef Rudmann, Dreher; Helmut Adolf, Vater Karl Volz, Schneider; Gretchen, Vater Maximilian Schäfer, Stadttaglöhner; Margarete Maria Elisabeth, Vater August Kroß, Versicherungsbeamter. — 27. Mai: Maria Magdalena Luise, Vater Erwin Eichhorn, Schlosser.

Todesfall. 29. Mai: Theodor Eisele, Privat., Witwer, alt 80 Jahre.

Schule und Kirche

Aus der evangelischen Landeskirche.

Im Jahre 1920 umfaßte die badische Landeskirche, wie aus einer jetzt vom Oberkirchenrat veröffentlichten Statistik hervorgeht, 821 236 Seelen. 9684 ungemischt evangelische Paare wurden kirchlich getraut, 799 Paare blieben ungetraut. Von 4937 bürgerlichen Eheschließungen konfessionell gemischter Paare ließen sich 2134 Paare evangelisch trauen, 748 Paare wurden anderwärts kirchlich getraut. Taufen fanden 21 372 statt, darunter 3352 aus gemischten Ehen. Die Zahl der Konfirmanden betrug 19 013. In 11 Fällen unterblieb die Konfirmation, und in 7 Fällen wurde sie versagt. Jugendgottesdienste fanden 209 statt. Von 12 278 Gestorbenen evangelischer Konfession wurden 11 571 kirchlich beerdigt. Nach der letzten Zählung der Kirchgänger besuchten 18,6 Proz. der Seelenzahl den Gottesdienst. Am heiligen Abendmahl nahmen 43,7 Proz. teil. Bei den Kollekten entfielen 85,4 Mk. auf den Kopf der Seelenzahl, beim Kirchen- und Kasualopfer 94,5 Mk. und bei den Sammlungen und Gaben (für Mission usw.) 6,09 Mk. —a—

Gerichtssaal

t. **Karlsruhe**, 31. Mai. Vor der Karlsruher Strafkammer hatte sich gestern Emilie Krautter aus Brötzingen wegen Entwendung von Edelmetall zum Nachteil ihres Arbeitgebers in Pforzheim zu verantworten. Sie wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mechaniker Ernst Kropf aus Pforzheim, der die gestohlenen Gegenstände fortlaufend von der Krautter bezog und zu seinem Vorteile veräußerte, wurde wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Tagesanzeiger

Donnerstag, den 1. Juni 1922.

Bad. Landestheater: „Das Postamt. — Die Komödie der Irrungen". 7—10 Uhr.
Städt. Festhalle: Wohltätigkeitskonzerts abends 8 Uhr.
Verein für das Deutschtum im Ausland: Tee-Nachmittag. ½4 Uhr im Museumssaal, Karlstraße 10.
Colosseum: Garteneröffnung mit Konzert abends ½8 Uhr.
Welt-Kino: Neues Programm.

Pfingsten in Herrenalb
Hotel Falkenstein
gegenüber dem Kurgarten :: Fernruf Nr. 9.
Hotel Mayenberg
in erhöhter Lage am Walde Fernruf Nr. 28
Beide Häuser mit den modernsten Einrichtungen.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 31. Mai (abends).

Belgien	**2320**	**Schweiz**	**5250**
Paris	**2500**	**London**	**1220**
Neuyork	**272½**	**Italien**	**1445**
Holland	**10700**		

Tendenz: etwas schwächer.

Abschlüsse von Großbanken.

Dresdener Bank.

Dividendensteigerung von 12½ auf 16 Prozent bei Dotierung des Reservefonds mit 50 Millionen.

Das Mammutmäßige, das die Abschlußzahlen der D-Banken schon immer aufwiesen, ist durch die Geldinflation noch verschärft worden. Bei der Dresdenerin sind diesmal die Gesamtumsätze auf einer Seite des Hauptbuches von 1 Billion auf 1,6 Billionen gestiegen. Der Rohgewinn hat sich mit 835 Millionen gegen 423 Mill. fast verdoppelt. Von diesem Rohgewinn entfallen auf:

	1921	1920
Sorten und Zinsscheine	26 494 376	11 862 915
Wechsel und Zinsen	477 708 447	230 199 186
Provisionen	271 690 302	175 124 019
Effekten u. Konsortialbeteiligungen	50 907 899	
Dauernde Beteiligungen bei Banken für 1920	3 811 718	3 627 486

Zu berücksichtigen ist hierbei, daß das Aktienkapital gegenüber dem Vorjahre sich von 260 auf 550 Mill. erhöht hat. Die ausgewiesenen Effekten- und Konsortialgewinne stellen zweifellos nur einen Teil der wirklich erzielten Gewinne dar, der größte Teil wurde zu Rückstellungen benutzt. Fast ebenso stark wie die Steigerung der Rohgewinne ist auch die Steigerung der Unkosten: die Handlungsunkosten erhöhten sich von 273 auf 497 Mill. Mark, die Steuern von 40 auf 131 Mill. Mark. Trotzdem hat sich der Reingewinn mit 206 Mill. (109 Mill.) fast verdoppelt. Die Verwaltung erhöht aber die Dividende nur um 3½ Prozent. Im neuen Jahre war das Geschäft, wir wir hören, weiter lebhaft, Umsätze und Gewinne stiegen weiter. Angesichts der ungewissen Zukunft der Industrie war die Bank bei Abschluß der Bilanz auf besondere Vorsicht und Vorsorge für die Zukunft bedacht. —r.—

Commerz- und Privat-Bank.

Dividendenerhöhung um 4 Pozent auf 16 Prozent bei Dotierung der Reserve mit 30 Millionen Mark.

Nach der starken Erweiterung der Basis der Bank in 1920 durch Uebernahme der Mitteldeutschen Privatbank war das Jahr 1921 für die Commerz- und Privatbank eine Periode des weiteren Ausbaues des Filialennetzes. Der Geschäftsumfang nahm weiter stark zu: der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches, der sich im Vorjahre etwa vervierfacht hatte, stieg diesmal von 382 auf 736 Millionen Mark. Im Zusammenhang hiermit erhöhte das Institut im November 1921 sein Aktienkapital um 150 Mill. Mark, die neuen Aktien nehmen an dem Erträgnis von 1921 voll teil. Der starken Erhöhung der Umsätze entspricht auch die Steigerung der Gewinnziffern. Der Reingewinn hat sich um 32 auf 98 Mill. erhöht, er macht somit 28 Prozent des Aktienkapitals aus. Die Verwaltung zieht es aber angesichts der ungewissen Zukunft vor, die Dividende nur um 4 Proz. auf 16 Proz. zu erhöhen, und dafür dem Reservefonds II 30 Mill. (i. V. 20 Mill.) zuzuführen und 4,3 Mill. (0,3) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Reserven betragen nunmehr über 100 Prozent des Aktienkapitals.

Im laufenden Geschäftsjahr haben sich, wie wir hören, die Kreditansprüche weiter enorm gesteigert, nur ein Teil dieser Ansprüche konnte befriedigt werden. Die Umsätze haben sich in den ersten vier Monaten etwa vervierfacht und die Gewinnentwicklung war trotz weiterer Steigerung der Unkosten günstig, doch mahnt die kritische Lage des Wirtschaftslebens zu stärkster Zurückhaltung.

Börse — Handel — Industrie — Gewerbe.

Mannheimer Effektenbörse.

K. **Mannheim,** 31. Mai. (Drahtber.). Die Börse war etwas belebter. Auch verzeichneten einige Kurse Besserung. Es stellten sich Benz 445 Geld, Dampfkessel Rodberg 750 Geld, Waggon Fuchs 500 Geld, Heddernheimer Kupfer 545 Geld, Pfälzische Nähmaschinen 525 Geld, Zellstoff Waldhof 740 Geld, 755 Brief, Zuckerf. Frankenthal 775 und Zuckerf. Waghäusel 79 Geld. Von Versicherungsaktien waren nur Mannheimer im Verkehr zu 1950 pro Stück. Ferner Badische Bank 505 Prozent und Pfälzische Bank 50 Prozent.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.,** 31. Mai. Es hatte bei Beginn der Börse den Anschein, daß die an der gestrigen Nachbörse eingetretene Erholung standhalten werde. Man bemerkte eine lebhaftere Geschäftstätigkeit in ungarischen und türkischen Werten. Letztere auf weitere Abzahlungen lebhafter gehandelt. Mexikaner waren etwas besser gehalten, was auf die besseren Devisenpreise zurückzuführen war.

Der Dollar bewegte sich allerdings etwas unsicher. Er wurde genannt: 276, 273, 277—273.

Im freien Verkehr hat sich das Geschäft etwas belebt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die in den letzten Tagen eingetretenen Kursverluste stärker waren. Regeres Interesse bestand für Memeler Zellstoff 1675—1700. Benz gebessert 435—440, Deutsche Petroleum 1925, Ufa 220, Inag 396, Gebrüder Fahr 525, Becker Stahl 410, Hansa Lloyd 225. Am Markte der zu variablen Kursen gehandelten Papieren lagen die anfänglichen Notierungen fast durchweg etwas höher über dem Schluß der gestrigen Notierungen. Man bemerkte Deckungskäufe in Montanaktien. Es zogen Harpener um 25 Prozent, Gelsenkirchen 15 Prozent, Phönix Bergbau 35 Prozent an. Auch in Oberschlesischen Werten war eine Besserung zu beobachten.

Am Markte der unnotierten Papiere war in Reaktion auf die letzte bedeutende Abschwächung in den meisten Aktien eine leichte Erholung zu verzeichnen. Chemische Aktien vorwiegend fester. Auch in Elektropapieren war anfangs eine Kurserhöhung zu verzeichnen. A.E.G. gewannen 20 Prozent, Bergmann 25 Prozent, Licht und Kraft 22 Prozent. Höher stellten sich auch vereinzelt Maschinenfabriken und Metallwerte. Daimler 384, plus 12 Prozent. Unter den Banken Dresdener Bank in Erwartung eines günstigen Abschlusses fest 312, plus 6 Prozent. Am Einheitsmarkt konnte nach den Rückgängen der letzten Börsentage heute erstmalig eine freundlichere Stimmung die Oberhand gewinnen. Die Börse schloß zu erhöhten Kursen bei stillem Geschäft. Privatdiskont 4½ Prozent.

Berliner Börse.

w. **Berlin,** 31. Mai. Nachdem nunmehr die wahllosen Verkäufe aufgehört haben, reizte der stark ermäßigte Kursstand der meisten Aktienwerte das Publikum bereits wieder zu Käufen, weniger allerdings in der Hoffnung auf Kursgewinne als zu Anlagezwecken. Auch die Spekulation nahm deshalb, sowie auf die mäßige Befestigung der Devisenpreise weiter Deckungen, verschiedentlich auch Rückkäufe vor. Bei der festen dadurch geschaffenen Grundstimmung ergaben sich infolgedessen Kursgewinne durchschnittlich von 20 bis 40 Prozent, vereinzelt von 30 bis 70 Prozent. Die Geschäftsstille ließ den Börsenbesuchern ausgiebig Zeit zur Erörterung der für Deutschland aus der Note an die Reparationskommission sich ergebenden Verpflichtungen.

Auch die Kursbildung der zu Einheitsnotiz gehandelten Industriewerte spiegelte die eingangs erwähnten Darlegungen wider. Es kam hier zu mäßigen Kurserhöhungen. Am heimischen Rentenmarkt bestand lebhaftes Interesse für alte Reichsanleihen und preußische Konsols, weil sich nach der in der Note an die Reparationskommission gemachten Zusage wegen Einstellung der Ausgabe von unverzinslichen Schatzanweisungen vermehrtes Interesse der deutschen Kapitalistenwelt für diese vernachlässigte Anleihegattung kundgab. Ausländische Renten wurden bei ziemlich lebhaften Umsätzen erneut in die Höhe gesetzt, besonders Türkenlose und ungarische Werte.

Industrien.

Rheinmühlenwerke Mannheim. In der Generalversammlung am Dienstag wurde die Dividende auf 20 Prozent festgesetzt.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Mittwoch, den 31. Mai 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	765,9	16	WSW	schwach	halbbd.	0
Danzig	760,1	18	WSW	frisch	wolkig	0
Berlin	766,8	18	W	schwach	bedeckt	0
Frankfurt	770,6	18	N	leicht	halbbd.	0
München	767,0	14	ONO	schwach	halbbd.	0
Kopenhag.	761,2	15	W	mäßig	halbbd.	0
Stockholm	748,2	14	W	stark	wolkig	1
Havaranda	745,3	6	OSO	mäßig	Regen	3
Skudenes	759,9	8	W	schwach	Nebel	—
Valentia	—	—	—	—	—	0
Paris	766,8	18	NNO	leicht	heiter	0
Toulouse	768,1	22	WSW	schwach	bedeckt	0
Zürich	766,9	15	SO	leicht	halbbd.	0
Wien	768,6	16	OSO	leicht	bedeckt	0

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7½

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	13	22	9	—	still	bedeckt	0
Königstuhl Seehöhe 568 m							
766,9	16	22	15	O	leicht	wolkig	0
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
767,9	15	25	10	NO	leicht	bedeckt	0
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
766,7	15	25	8	S	leicht	halbbd.	0
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	15	23	12	NO	leicht	halbbd.	0
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	12	22	6	N	leicht	wolkig	0
Villingen Seehöhe 712 m							
767,9	13	22	6	N	leicht	halbbd.	0
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
657,1	12	17	8	O	leicht	wolkig	0

Allgemeine Witterungsübersicht.

Unter dem Einflusse des Hochdruckgebietes dauerte gestern das heitere, warme Wetter an, bei Tagestemperaturen bis zu 25 Grad in der Rheinebene. Nach kühler Nacht ist heute Morgen leichte Trübung eingetreten, die aber keine Niederschläge bringen wird. Ein über Skandinavien vorüberziehendes Tiefdruckgebiet beeinflußt Süddeutschland nicht, sodaß das trockene meist heitere Wetter fortdauern wird.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 1. Juni 1922: Fortdauer der trockenen, meist heiteren Witterung, etwas wärmer, östliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

31. Mai		30. Mai
Schusterinsel	3,03 m	3,06 m
Kehl	3,83 m	3,93 m
Maxau	5,81 m	5,78 m
„	— m	mittags 12 Uhr 5,78 m
„	— m	abends 6 Uhr 5,80 m
Mannheim	4,93 m	4,93 m

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	30. Mai	31. Mai
Badische Bank	515.—	490.—
Darmstädter Bank	292.—	290.—
Deutsche Bank	535.—	550.—
Diskonto Commandit	416.—	412.—
Dresdener Bank	306.—	311.—
Mitteld. Creditbank	253.—	251.—
Oesterr. Länderbank	—.—	150.—
Pfälzische Bank	45.50	52.—
Rheinische Creditbank	249.—	245.—
Südd. Diskonto-Ges.	—.—	—.—
Wiener Bankverein	63.—	58.—
Württbg. Notenbank	530.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	—.—
Gelsenkirchen	885.—	905.—
Harpener	1745.	1765.
Laurahütte	1550.	1650.
Aschaff. Zellstoff	690.—	695.—
Grün & Bilfinger	—.—	495.—
Zementw. Heidelberg	650.—	700.—
Bad. Anilin	675.—	680.—
Scheideanstalt	865.—	881.—
Höchster Farben	587.—	614.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	390.—	415.—
Gebr. Junghans	—.—	412.ex
Adler & Oppenheimer	1300.	—.—
B. Masch. Badenia	510.—	500.—
Maschfabr. Durlach	791.—	791.—
Maschfabr. Gritzner	1390.	1478.
Haid & Neu	650.—	650.—
Maschfabr. Karlsruhe	697.—	700.—
Oberursel	550.ex	650.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	445.—	402.—
Elsässer Baumwolle	880.—	968.—
Spinnerei Ettlingen	—.—	—.—
Uhrenfabr. Furtwang.	900.—	900.—
Waggon-Fabrik Fuchs	470.—	501.rt.
Zellstoff Waldhof	720.—	745.—
Zuckerfabr. Waghäusel	760.—	765.—
Zuckerfabr. Frankenth.	751.—	799.—
Benz Motoren	405/15	444/35
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	723.—	728.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	30. Mai	31. Mai
5% I Dtsch. Schatzanw	—.—	—.—
5% II „ „	100.—	99.90
5% III „ „	100.—	99.90
4½ IV—V „	88.40	88.40
4½ VI—IX „	73.25	73.25
4½ 1924er „	95.10	96.—
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	100.40	105.—
3½% „ „	85.—	85.50
3% „ „	128.—	130.—
Deutsche Prämienanl.	84.90	85.20
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ „ 1922	100.—	100.—
4% Preußische Konsols	85.—	85.—
3½% „ „	70.50	71.50
3% „ „	76.—	78.50
4% Bad. Staatsanl. 08/14	77.50	78.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	405.—	420.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	780.—	810.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1610.	1610.
Deutsch-Australien	438.—	440.—
Hamburger Paketfahrt	359.50	378.—
Hambg.-Südamerika	670.—	710.—
Hansa D.-Schiffahrt	306.—	320.—
Norddeutscher Lloyd	279.—	289.50
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	472.—	472.—
Darmstädter Bank	292.—	292.—
Deutsche Bank	550.—	550.
Diskonto-Commandit	415.—	418.—
Dresdener Bank	310.—	310.—
Nationalbank	293.—	293.—
Oesterr. Credit	75.25	77.—
Reichsbank	217.50	219.50

Industrie-Papiere	30. Mai	31. Mai
Accumulatoren	846.75	852.—
Adlerwerke	450.50	465.—
Alexanderwerke	355.—	405.—
A. E. G.	603.50	615.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1540.	1620.
Augsburg-Nürnberg	975.—	—.—
Badische Anilin	671.—	695.—
Bergmann Elektrizität	550.—	570.—
Berl. Anh. Maschinen	512.—	540.—
Berliner Maschinen	889.—	925.—
Bing Nürnberg	470.—	500.—
Bismarckhütte	1800.	—.—
Bochumer Guß	935.—	924.50
Gebrüder Böhler	—.—	—.—
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	740.—	783.75
Chem. Grießheim	660.—	670.—
Chem. Albert	1530.	1525.
Daimler Motoren	373.—	382.—
Dessauer Gas	465.—	500.—
Deutsch-Luxemburg	851.—	867.—
D. Eisenbahn S. W.	701.—	701.—
Deutsch Erdöl	1850.	1900
Deutsches Kali	1675	1740
Deutsche Waffen	1201.	1220.
Deutsch Eisenh.	500.—	545.—
Dynamit Trust	540.—	575.—
Elberfelder Farben	590.—	624.—
Eschweil. Bergwerke	750.—	804.—
Feldmühle Papier	610.—	630.—
Felten & Guilleaume	700.—	715.—
Filter Brautechnik	1605.	1789.
Gaggenau	701.—	700.—
Gasmotoren Deutz	620.—	620.—
Gelsenkirchen	900.—	900.—
Genschow	500.—	500.—
Goldschmidt	718.—	740.—
Gritzner Maschinen	1405.	1425.
Hannover Maschinen	2400.	2500.
Hannover Waggon	571.—	570.—
Harpener	1750.	1778.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	580.—	595.—
Höchster Farben	575.—	605.—
Hösch Eisen	1000.	1051.

	30. Mai	31. Mai
Hohenlohe	610.—	660.—
Kali Aschersleben	840.—	855.—
Maschfabr. Karlsruhe	661.—	685.—
Ver. Köln.-Rottweil	630.—	670.—
Kostheimer Cellulose	800.—	760.—
Kyffhäuser	320.—	364.—
Lahmeyer Co.	355.—	351.—
Laurahütte	1510.	1540.
Lindes Eismaschinen	905.—	961.—
Ludwig Löwe	825.—	890.—
Lothringer Zement	651.—	675.—
Mannesmann	1110	1149.7
Oberschl. Eisenb.-Bed.	695.—	725.—
Oberschl. Eisenindustr.	540.—	548.—
Oberschl. Kokswerke	1270.	1290.
Orenstein & Koppel	870.—	910.—
Phönix Bergwerke	1005.	1039.
Rheinisch Metall	370.—	420.—
Rheinisch Stahl	920.—	945.—
Rombacher Hütte	501.—	508.—
Rütgerswerke	700.—	—.—
Sachsenwerke	470.—	480.—
Schuckert & Co.	555.—	565.—
Siemens & Halske	825.—	840.—
Sinner Brauerei	551.—	600.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1190.	1220.
Stollberger Zink	975.—	1001.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	601.—	630.—
Vereinigt. D. Nikel	975.—	987.—
Vereinigt. Glanzstoff	2000.	2075.
Vereinigt. Stahl Zypen	3800.	3870.
Wanderer Fahrrad	1225	1299.
Westeregeln Alkali	1300.	1368.
Zellstoff Waldhof	748.—	740.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	1900.	1900.
Pomona	12300	13300.
Kollmar & Jourdan	805.—	940.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 31. Mai.

	30. Mai Geld	30. Mai Brief	31. Mai Geld	31. Mai Brief
Antwerpen-Brüssel	2292.70	2297.30	2332.60	2337.40
Holland	10601.80	10623.20	10726.7	10748.3
London	1201.70	1204.30	1227.70	1230.30
Paris	2477.50	2482.50	2539.90	2545.10
Schweiz	5182.30	5192.70	5314.60	5325.40
Spanien	4270.70	4279.30	4365.60	4374.70
Italien	1428.50	1431.50	1438.50	1441.50
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	6006.40	6018.60	6106.30	6118.70
Norwegen	4870.10	4879.90	4982.50	4992.50
Schweden	7005.40	7019.60	7155.30	7169.70
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	270.—	270.50	276.20	276.80
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	2.20½	2.24½	2.53	2.57
Budapest	33.76	33.84	33.76	33.84
Prag	525.40	526.10	533.40	534.60

w. Berlin, 31. Mai.

	30. Mai Geld	30. Mai Brief	31. Mai Geld	31. Mai Brief
Rotterd.-Amsterd.	10511.80	10538.20	10711.5	10738.4
Brüssel	2307.10	2312.90	2337.05	2342.95
Christiania	4833.95	4846.05	4993.75	5006.25
Kopenhagen	5972.50	5987.50	6122.30	6137.70
Stockholm	7001.20	7018.80	7191.—	7209.—
Helsingfors	561.25	562.75	578.75	580.20
Italien	1428.20	1431.80	1443.15	1446.85
London	1203.45	1206.55	1235.95	1239.05
Newyork	271.16	271.89	276.65	277.35
Paris	2484.35	2490.65	2524.30	2530.70
Schweiz	5193.50	5206.50	5268.40	5281.60
Spanien	4279.60	4290.40	4344.65	4355.35
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	2.35½	2.39½	2.43	2.47
Prag	525.30	526.70	533.30	534.70
Budapest	33.75	33.85	33.55	33.65
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	202.20	202.80	204.70	205.30
Buenos-Aires	98.00	98.25	100.25	100.55
Japan	129.25	130.25	131.—	132.—
Rio de Janeiro	37.45	37.55	37.82½	37.92½

Abenddevisen.

Frankfurt, 31. Mai.

Brüssel	2320	Paris	2500
Holland	10700	Italien	1445
London	1220	Neuyork	272½
Schweiz	5250		

Tendenz: etwas schwächer.

w. Zürich, 31. Mai.

	30. Mai	31. Mai
Holland	204.10	203.25
Deutschland	1.93	1.91
Wien	0.04¾	0.04¾
Prag	10.12½	10.05
Paris	47.75	47.70
London	23.27½	23.26
Italien	27.50	27.30
Brüssel	44.10	44.10
Budapest	0.65	0.64½
Newyork	522⅞	522½
Agram	1.90	1.88
Warschau	0.13	0.13¼
Kopenhagen	114.—	115.50
Stockholm	135.25	135.50
Christiania	94.—	94.25
Madrid	82.50	82.50
Buenos-Aires	190.50	189.50
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	a) vorbörsl.	b) nachbörsl.
Holland	105½—110	105½—107
Schweiz	52—54	52—53
Paris	2490—2580	2490—2520
Belgien	2280—2370	2280—2310
London	1207—1255	1215—1225
Neuyork	272—282	273—277
Italien	1420—1470	1430—1450
	Tendenz schwankend.	Tendenz: abgeschwächt.

Pfannkuch & Co
Zum Einkochen empfehlen wir prima
Zucker-Honig
Pfund-Würfel 11.50
Pfannkuch & Co

Ihr Paßbild in wenigen Minuten nur im Photograph. Atelier, Herrenstr. 38

Tisch-Bett-Wäsche bearbeitet Schorpp Kragen-Wäscherei.

Handschuhe reinigt, repariert, färbt Just, Friedrichsplatz 11.

Die beste Wanzen-Vernichtung
Um vielseitigem Wunsche zu entsprechen habe ich mich entschlossen, auch meine A. S.-Vergasungs-Apparate an minderbemittelte, zuverlässige Leute zur Selbstanwendung gegen eine Gebühr von Mk. 20.— nebst ausführlicher Gebrauchsanweisung auszuleihen und die erforderlichen Materialien billigst abzugeben. Ich garantiere, daß jedermann bei vorschriftsmäßiger Anwendung sämtliche Wanzen selbst in den tiefsten Ritzen etc. beim Wiederöffnen der Räume tot vorfinden wird und von der großen Plage befreit ist. Auch übernehme ich die vollkommenste Vergasung der verwanzten Räume nach wie vor unter Garantie für tadellose Arbeit und besten Erfolg.
D.V.G.U. Anton Springer nur Ettlingerstraße 51, Telephon 2340.

Ia Speisekartoffeln
liefere in die Wohnung sofort à Zentner 230 M. Bestellungen wolle man unter Nr. 577 im Tagblattbüro abgeben. Bei Mehrabnahme billiger.

Vermögenssteuer — Zwangsanleihe
Bilanzprüfungen — Finanzierungen
werden von Fachmann gewissenhaft beraten und erledigt. Angebote unter Schließfach 92 Karlsruhe.

Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasiergarnituren Geschenk-Artikel u. s. w. empfiehlt in großer Auswahl
Karl Hummel, Werderstr. 13, Stahlwarengeschäft, Rasiermesserhohlschleiferei.

Billige Pfingstpreise!
Frottekleider, etwas angetrübt M 450
Regenmäntel von M 275 an
Alpacamäntel von M 480 an
Seiden- und Voilejumpers
Weiße und farbige Waschkleider
Weiße und farbige Blusen
Faltenröcke aus Woll- und Waschstoffen.
Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1 Treppe.

Corsette
aus vorzügl. Stoffen verarbeitet von tadell. Sitz
Frack-Corsette, Hüftenformer.
Reform-Leibchen, Büstenformer.
Spezialität: Hygiea-Corsett nach Maß.
M. Kling, 22 Georg-Friedrichstr. 22.

Pfannkuch & Co
Frisch eintreffend! Prima Limburger
Käse
Pfannkuch & Co

Färberei Schmitt reinigt und färbt in sachgemäßer Ausführung. | Annahme-Stellen: Sämtliche Läden der Kragen-Wäscherei SCHORPP.